

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 8 gespalt. Colonettelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Bekanntmachung des Vorstandes.

Auf Beschluß des Vorstandes findet die 7. Generalversammlung unseres Verbandes am 14., 15., 16. und 17. Juli d. J. in Dortmund statt. Die Tagesordnung wird später bekannt gegeben werden.

Anträge

zur Generalversammlung sind spätestens bis zum 25. Mai d. J. an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg, Seitenstr. 17, einzusenden. Anträge dürfen nicht mit Versammlungsberichten vermischt sein, sondern sie sind gesondert abzufassen und mit einer Begründung zu versehen, andernfalls sie keine Berücksichtigung finden. Die einlaufenden Anträge werden im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Nach § 30 Abs. 1 des Statuts haben die Delegiertenwahlen in der Weise zu erfolgen, daß auf 600 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden soll. Die Einteilung der Wahlkreise erfolgt zum ersten Male nach Agitationsbezirken; es ist damit einem früher gestellten Antrage entsprochen worden.

Wahlkreiseinteilung.

(Die erstangeführte, gesperrt gedruckte Gruppe bildet den Wahlvorstand für den jeweiligen Wahlkreis.)

I. Bezirk.

- Verwaltungsstelle Duisburg, zu wählen sind 3 Delegierte.
- Verwaltungsstelle Mülheim-Oberhausen, zu wählen ist 1 Delegierter.
- Verwaltungsstelle Essen, zu wählen sind 5 Delegierte.
- Verwaltungsstelle Bochum, zu wählen ist 1 Delegierter.
- Verwaltungsstelle Gelsenkirchen, zu wählen ist 1 Delegierter.
- Verwaltungsstelle Dortmund, zu wählen sind 2 Delegierte.
- Verwaltungsstellen Dsnabrück, Münster, Dülmen, Haltern, Rheine, Hörstel, Coesfeld, Bocholt, zu wählen sind 2 Delegierte.

II. Bezirk.

- Verwaltungsstellen Köln, Bonn, Coblenz, Sönnen, Stromberg; zu wählen sind 5 Delegierte.
- Verwaltungsstelle Düsseldorf; zu wählen sind 3 Delegierte.
- Verwaltungsstelle Barmen; zu wählen ist 1 Delegierter.
- Verwaltungsstelle Solingen; zu wählen sind 2 Delegierte.
- Verwaltungsstellen M.-Gladbach, Düren, Ammer; zu wählen sind 2 Delegierte.
- Verwaltungsstellen Aachen, Eilendorf, Eupen; zu wählen sind 5 Delegierte.
- Verwaltungsstellen Krefeld, St. Tönis, Düren, Hoven, Jüngerdorf, Guskirchen; zu wählen ist 1 Delegierter.
- Verwaltungsstellen Siegen, Wallau, Plettenberg, Olpe, Werbold, Förde; zu wählen sind 2 Delegierte.

III. Bezirk.

- Verwaltungsstellen Hamm, Delde; zu wählen sind 3 Delegierte.
- Verwaltungsstelle Bielefeld; zu wählen ist 1 Delegierter.
- Verwaltungsstelle Hagen; zu wählen sind 2 Delegierte.
- Verwaltungsstelle Gelvesberg-Schwelm; zu wählen sind 2 Delegierte.
- Verwaltungsstelle Rheine; zu wählen sind 2 Delegierte.
- Verwaltungsstelle Minden; zu wählen sind 2 Delegierte.
- Verwaltungsstellen Lippstadt, Alme, Warstein, Hoppede, Niedereloh; zu wählen ist ein Delegierter.

IV. Bezirk.

- Verwaltungsstellen Offenbach, Frankfurt a. M., Heidenheim, Oberursel, Höchst; zu wählen ist 1 Delegierter.
- Verwaltungsstellen Fulda, Kassel, Niederreifenberg, Hannau, Kl. Steinheim, Alschaffenburg, Würzburg, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Worms; zu wählen ist 1 Delegierter.

V. Bezirk.

- Verwaltungsstellen Mannheim, Ludwigsafen, Würzburg; zu wählen ist 1 Delegierter.
- Verwaltungsstellen Karlsruhe, Durlach, Heidelberg, Einshelm, Lampertshelm, Frankenthal, Landau, Neustadt a. S., Speyer, Lambrecht, Oggersheim, Ramstein, Altwies, Gaggenau; zu wählen ist 1 Delegierter.

VI. Bezirk.

- Verwaltungsstellen Schwäb.-Gmünd, Seisbrunn; zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Wasseralfingen, Unterkochen, Ulm, Heidenheim; zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Stuttgart, Ehlingen, Göppingen, Tuttingen, Ravensburg, Schussenried; zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Pforzheim, Schromberg, Lauterbach, Triberg; zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Freiburg, Bruch, Rheinfelden, Eingen, Nodolzell, Konstanz, Bellingen, Föhrenbach, Furtwangen, Giltensbach, Falkau, Neustadt i. B.; zu wählen ist 1 Delegierter.

VII. Bezirk.

Verwaltungsstellen Saarbrücken, Zweibrücken, Kaiserslautern, Straßburg, Hünningen, Merzweiler, Gebweiler, Mühlhausen i. E.; zu wählen sind 2 Delegierte.

VIII. Bezirk.

Verwaltungsstellen München, Freising, Passau; zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Augsburg, Mötting, Bergen, Hammerau, Ingolstadt, Rempten, Krumbach, Landsberg, Landshut, Laufing, Lindau, Doreichstadt, Regensburg, Sonthofen, Straubing; zu wählen ist 1 Delegierter.

IX. Bezirk.

Verwaltungsstelle Nürnberg; zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Amberg, Pegnitz; zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Schweinfurt, Bamberg, Erlangen, Fürth, Schwabach, Marktredwitz, Roth, Teuslik, Woburn, Weiherhammer; zu wählen ist 1 Delegierter.

X. Bezirk.

Verwaltungsstelle Hannover; zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Magdeburg, Altenau, Braunschweig, Dingelstädt, Duderstadt, Eisenach, Erfurt, Helmstedt, Hötterleben, Verbach, Mühlhausen i. Th. Oker, Salze, Thale, Wolfenbüttel; zu wählen ist 1 Delegierter.

XI. Bezirk.

Verwaltungsstellen Berlin, Brandenburg, Stettin, Torgau; zu wählen ist 1 Delegierter.

XII. Bezirk.

Verwaltungsstellen Danzig, Elbing, Bromberg, Graudenz, Königsberg; zu wählen ist 1 Delegierter.

XIII. Bezirk.

Verwaltungsstellen Kattowik, Breslau, Königshuld, Laurahütte, Reife, Reichenstein, Schneidnik, Theresienhütte, Glogau; zu wählen ist 1 Delegierter.

XIV. Bezirk.

Verwaltungsstellen Chemnitz, Bauken, Leisau, Dresden, Eilenburg, Glauchau, Görlitz, Halle, Leipzig, Meissen, Blauen; zu wählen ist 1 Delegierter.

XV. Bezirk.

Verwaltungsstellen Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Dinklage, Leer, Norden, Papenburg, Quakenbrück, Wilhelmshaven zu wählen ist 1 Delegierter.

Verwaltungsstellen Flensburg, Kiel, Rendsburg, Lübeck; zu wählen ist 1 Delegierter.

Wahlvorschriften.

1. Um die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung einheitlich durchzuführen, ist ein Wahltag für alle Wahlbezirke im ganzen Verband festgesetzt. Die Wahlen müssen am Sonntag, den 5. Mai in allen Ortsgruppen vorgenommen werden. Wo eventl. eine Stichwahl nötig wird, soll diese am 19. Mai getätigt werden. Die Vorbereitung der Wahl muß frühzeitig in Angriff genommen werden.

2. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die ihre Beiträge bezahlt haben. Das Mitglied wählt in der Ortsgruppe, der es am Wahltag angehört. Einzelmitglieder und Kollegen, die sich auf Wanderschaft befinden, wählen in der ihnen nächstgelegenen Ortsgruppe.

3. Pflicht aller Mitglieder ist es, ihr Wahlrecht auszuüben; das Mitgliedsbuch ist bei der Wahl vorzulegen. In das Mitgliedsbuch soll dem Mitgliede auf der zweiten Seite des Titelblattes die Beteiligung am Wahltag durch Aufdruck des Stempels bescheinigt werden.

4. Jede Ortsgruppe hat eine Wahlliste anzulegen, worin diejenigen Mitglieder, welche ihr Wahlrecht ausüben, mit Namen und Buchnummer einzutragen sind. Die Liste bleibt zur Kontrolle im Verwahr der Ortsgruppe.

5. Um eine Zersplitterung der Stimmen möglichst zu vermeiden, soll der Wahlvorstand sich mit den ihm zugeteilten Ortsgruppen schriftlich ins Einvernehmen setzen und denselben geeignete Vorschläge unterbreiten. Es ist Wert darauf zu legen, daß nur solche Delegierten gewählt werden, welche sich in der Organisation bewährt haben und eifrig tätig gewesen sind.

6. Die Wahl erfolgt geheim und durch Stimmzettel, die mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sind. Den

Wählern werden die Zettel beim Wahltag überreicht. Jeder Wähler hat auf den Stimmzettel soviel Namen zu schreiben, als Delegierte zu wählen sind. Die Namen der im Vorschlag gebrachten Kandidaten sind vor dem Wahltag mitzutheilen. Stimmzettel, welche mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, müssen als ungültig erklärt werden.

7. Die Stunden der Wahl sind durch die Ortsgruppe festzusetzen und den Mitgliedern bekannt zu geben. Wo mehrere Ortsgruppen einen Wahlbezirk bilden, muß das Resultat und die Stimmzettel nach getätigter Wahl dem Wahlvorstand sofort übermittelt werden.

8. In Ortsgruppen, wo Mitglieder regelmäßig Tag- und Nachtschicht haben, und auch des Sonntags arbeiten müssen, — z. B. Hüttenarbeiter — sind die Wahlstunden so einzuteilen, daß es sowohl der Nacht- als der Tagesschicht möglich ist, ihr Wahlrecht ausüben. Die Stunden des Wahltermins sind früh genug den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

9. Der Wahlvorstand des Wahlbezirks hat das eingesandte Material und die Stimmzettel zu prüfen und festzustellen, ob eine Stichwahl erforderlich ist. Im letzteren Falle ist den beteiligten Ortsgruppen sofort Mitteilung zu machen mit Nennung der zwei Kandidaten, unter welchen Stichwahl zu erfolgen hat.

10. Als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche mindestens 1 Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Hat kein Kandidat die absolute Majorität erhalten, so ist Stichwahl erforderlich zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

11. Als Kandidaten für die Stichwahl gelten nur immer die beiden, welche im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt haben. Stimmen, welche in der Stichwahl auf andere Namen lauten, sind ungültig.

12. In jedem Wahlbezirk ist außer dem Delegierten ein Ersatzmann zu wählen. Der Kandidat, der nächst dem Delegierten die höchste Stimmenzahl erreichte, gilt als Ersatzmann. Wenn der gewählte Kandidat verhindert ist, an der Generalversammlung teilzunehmen, so tritt der Ersatzmann an dessen Stelle.

Die Wahlvorstände haben bis spätestens Samstag, den 25. Mai d. J., der Hauptgeschäftsstelle in Duisburg die Resultate der getätigten Wahlen unter Angabe der genauen Adressen der Delegierten mitzuteilen.

Die Wahlergebnisse werden im Verbandsorgan veröffentlicht. Weitere Mitteilungen, die Generalversammlung betreffend, werden später im Verbandsorgan bekannt gegeben.

Der Zentralvorstand.

F. B.: Wieber,
Verbands-Vorsitzender.

Unser christlicher Metallarbeiterverband wird also laut vorstehender Bekanntmachung des Zentralvorstandes um die Mitte des Juli in Dortmund zum 7. Verbandstage zusammentreten. Das ist unser erster Verbandstag auf westfälischem Boden. Die Wahl gerade einer westfälischen Stadt als Tagungsort für die kommende Generalversammlung war für den Zentralvorstand naheliegend: einerseits, weil die Kollegen im Lande der roten Erde in den letzten Jahren dem Verbands eine stattliche Zahl neuer Mitglieder zugeführt und andererseits, weil bisher noch keine unserer Generalversammlungen in Westfalen abgehalten wurde. Vier tagten bekanntlich auf rheinischem Boden, eine in Offenbach und eine in München. Wir sind gewiß, daß namentlich bei unseren westfälischen Kollegen die Wahl der alten Hanfstadt Dortmund zum Tagungsort unserer 7. Generalversammlung freudig begrüßt werden wird.

Die Stadt Dortmund, die bedeutendste und industrie-reichste Stadt Westfalens, blickt auf eine große geschichtliche Vergangenheit zurück. Sie wird schon um 899 n. Chr. in der Geschichte erwähnt. Deutsche Könige nahmen wiederholt im alten Reichshofe ihren Aufenthalt und im Jahre 1016 hielt König Heinrich II. hier einen Reichstag ab. Die Bürger Dortmunds hatten Holfreiheit im ganzen deutschen Reiche und der Handel der reichsfreien Stadt stand in hoher Blüte. Um das Jahr 1400 zwang die Dortmunder Bürgerschaft die herrschenden Geschlechter, aus den sechs Gilden je ein Mitglied in den Rat aufzunehmen. Dortmund ist auch die Stadt, wo der Freituhl der Feme auf „Roter Erde“ stand. Als Wahrzeichen aus großer Vergangenheit steht hier noch heute eine der beiden alten Femlinden, durch Eisenbrüche aufrecht erhalten, darunter der Steintisch „mit des Reiches Nar“. Aber Dortmund sank dann später wieder mehr und mehr von der stolzen Höhe herab und zählte zu Ende des dreißigjährigen Krieges nur noch 3000 Einwohner. Nach der Napoleonischen Zeit, im Jahre 1815, fiel die Stadt an Preußen.

In der neueren Zeit präsentiert sich uns Dortmund als größte Stadt Westfalens mit bedeutender und hochentwickelter Industrie. Dortmund ist eine Stadt der

beit, und zu ernstlicher Arbeit werden sich auch dort unsere Delegierten versammeln. Waren unsere bisherigen Generalversammlungen feste Stützpunkte für die einzelnen Perioden des Fortschritts im Aufbau und der Festigung unserer Organisation, so soll die kommende in Dortmund das nicht minder sein. Wohl steht heute unser Verband — das Resultat zwölfjähriger zäher, opfermutiger und zielbewusster Arbeit — als festgefügtes Organisationsgebilde in den Kämpfen der Zeit. Aber dem aufmerksamen Gewerkschaftler wird es nicht entgehen, daß die Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete mit der Zeit heftigere und umfangreichere werden. Eine Organisation, deren Hauptaufgabe die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist, wird nicht veräumen dürfen, dieser Erscheinung gegenüber ihre Maßnahmen zu treffen. Die Zeit steht nicht still und sie bringt auch uns immer wieder neue Aufgaben, die gelöst werden müssen.

Eine der wichtigsten Fragen ist wohl die der Förderung des inneren Verbandlebens. Der Versammlungsbefuch ist eine der gewerkschaftlichen Pflichten, über die sich noch eine viel zu große Anzahl unserer Kollegen leichtfertig hinwegsetzen. Wenn die Werbekraft unserer Bewegung an manchen Orten in den letzten Jahren alles zu wünschen übrig ließ, so ist die Ursache für diese bedauerliche Erscheinung darin zu suchen, daß es an diesen Orten an der nötigen Zusammenarbeit der Kollegen mangelte. Mögen die Kollegen deshalb in den kommenden Wochen einmal erwägen, mit welchen Mitteln wir wirksam gegen dieses „schleichende Uebel“, welches die gesunde Entwicklung unserer Bewegung an manchen Orten zu unterbinden droht, vorgehen können.

Eine nicht mindere Beachtung verdient vor wie nach der Punkt Agitation. Wohl ist die Zahl unserer Mitglieder seit unserem letzten Verbandstage in erfreulicher Weise gestiegen. Aber noch ungeheuer viel ist auf diesem Gebiete zu leisten, und vor allem — bald zu leisten. Hausagitation, Branchenagitation, Agitation unter den jugendlichen und weiblichen Arbeitern unserer Industrie, das sind so einige Punkte, die nunmehr einmal praktisch angefaßt und durchgeführt werden müssen. Wir müssen wachsen, müssen stärker werden, wenn wir den in immer stärkerem Maße an uns heranrückenden Aufgaben gewachsen bleiben wollen! Eine der wichtigsten Pflichten eines jeden einzelnen Mitgliedes ist deshalb die Werbearbeit. Nicht umsonst ist dies ausdrücklich in unserem Statut betont. Trotzdem muß leider festgestellt werden, daß wohl keine Bestimmung unserer Satzungen weniger beachtet wird wie diese. Und das muß anders werden, wenn wir nicht ins Hintertreffen geraten wollen.

Das alles sind wichtige Fragen, die uns auf dem Dortmund-Verbandstage beschäftigen werden. An unseren Mitgliedern allerorts ist es nun, die notwendigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Es gilt jetzt, ernste Arbeit zu leisten. Mögen sich die Kollegen deshalb in ihren Versammlungen mit den hier angebotenen Fragen allen Ernstes befassen, etwaige Anträge ihrerseits gewissenhaft durchberaten, besonders auch die Möglichkeit ihrer Durchführung prüfen und sie rechtzeitig mit der vorgeschriebenen Begründung bei der Hauptgeschäftsstelle einreichen.

Den Raum unseres Verbandsorgans stellen wir von heute an den Kollegen zur Diskussion über die Aufgaben des kommenden Verbandstages in ausgiebigstem Maße zur Verfügung. Alle schreibgewandten Kollegen, sowie die einzelnen Ortsgruppen und Sektionen mögen sich eifrig an dieser Aussprache beteiligen. Auch den Delegierten wählen ist ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Nicht persönliche Wünsche, sondern einzig das sachliche Moment soll hier den Ausschlag geben. Wenn sich alle Kollegen bei den Vorberatungen und Vorarbeiten zu unserer 7. Generalversammlung von diesem gewerkschafts-Grundsatz leiten lassen, dann wird auch dieser Verbandstag werden, was er sein soll: ein Merkstein auf dem Wege unserer Aufwärtsentwicklung!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Unsern Wirtschaftslieber, das in den letzten Monaten einen so häufigen Ausschlag genommen hat, ist ein schwerer Stoß bezeugt worden — es droht ein Ausbleiben des „Herzblutes“ der Industrie — der Kohle. Als die Nachrichten eines bevorstehenden Streiks der Bergarbeiter Englands nach Deutschland kamen, war die öffentliche Meinung für sie zuerst günstig gesimmt. Sie wendete sich allerdings, als man sah, daß die Arbeitermassen — entgegen dem Rat und dem Standpunkt der erfahrenen Führer — eine Falschung einnahmen, welche Verhandlungen zur Verständigung ausschloß. Nur in einem Lager brachte man dieser Alles-oder-Nichts-Politik Sympathie entgegen, bei der Sozialdemokratie. Und da glaubte man, daß es eine herrliche Kombination sein müßte, welche das „internationale Klassenbewußtsein“ hüten würde, wenn auch die deutschen — soll heißen sozialdemokratischen — Arbeiter in den Streik traten würden. Von dem Gedanken des Sympathiestreiks war die Bewegung von Anfang an getragen. Dazu kommt noch ein weiteres — man hoffte durch den Streik die verhasste christliche Gewerkschaftsbewegung zu schädigen und womöglich zurückzuführen zu können. Die Stellung der christlichen Bergleute war von Anfang der Bewegung her verhasst. Sie hielten und halten einen Streik im gegebenen Zeitpunkt den Interessen der Arbeiterschaft nicht für dienlich aus Gründen, die nachher erörtert werden sollen. Diese Gelegenheit konnte sich die Sozialdemokratie nicht entgehen lassen, die verhassten Christlichen mit dem Dorn der Streikfrage zu belasten. Das Verhalten der Genossen ist immer mehr bestimmt durch den fanatischen Haß gegen das Bestehende und dessen Reformen und Verteidiger als durch wirtschaftliche Einsicht. Auch in diesem Fall wurde das Handeln der sozialdemokratischen Gewerkschaften bestimmt durch Gründe prinzipieller Natur.

Aber, so wird man uns entgegenhalten, der Grund des Streiks lag doch in der unbefriedigenden Antwort, welche die Bergbesitzer auf die Lohnforderungen der Arbeiter gaben. Um diesen Einwand richtig zu würdigen, muß hervorgehoben werden,

daß die Unternehmer — wie man schon vorher wußte — zum großen Teil geneigt waren, Lohnserhöhungen einzutreten zu lassen, eine Tatsache, die auch die in ihrer Haltung gewiß unverdächtige „Frankfurter Zeitung“ zugibt. Sie schreibt: „Man greift sich an den Kopf und ist wie ratlos. Man könnte das Ganze (die ablehnende Antwort der Bergbesitzer mit dem Verbanne zu verhandeln), wenn auch natürlich nicht billigen, so doch verstehen, wenn die Arbeitgeber entschlossen wären, keine Lohnserhöhungen zu geben. Aber das ist ja gar nicht der Fall. Ein paar Wochen haben schon Lohnserhöhungen angeknüpft, und es heißt, daß die andern nicht zurückbleiben werden.“

Ja, so fragt man weiter, wer hat denn die Arbeiter in den Streik getrieben? Da kann die Antwort nur lauten — die prinzipiellen Gründe, die wir schon angebeutet haben. Zwar wird noch ein anderes Moment angeführt — die Weigerung der Bergbesitzer, mit den Arbeitnehmerverbänden zu verhandeln. Wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkte — und kein christlich organisierter Arbeiter wird einen andern einnehmen, — die Weigerung, die Arbeiterorganisation als Vertreterin des Arbeiters anzuerkennen ist durchaus unangebracht, und nicht zu verteidigen. Aber ist denn diese Weigerung, die so alt ist wie die Gewerkschaften selbst, wenn die materiellen Forderungen der Arbeiter erfüllt werden, ein Grund zum Streik, dessen Ausgang so ungewisshaft ist, wie der des letzten? Ist es notwendig, daß hunderttausende von Arbeitern mit ihren Familien in die bitterste Not gestürzt werden, um höchstens das zu erreichen, was auch ohne Streik erreicht worden wäre? Denn eine Anerkennung der Organisation wird dieser Streik so wenig bringen wie die früheren.

Der Haß der Sozialdemokratie gegen alles, was christlich heißt und gegen all das, was wir unter dem Begriff der bestehenden Gesellschaftsordnung verstehen, hat die Arbeiter in einen Streik getrieben, dessen Ausgang kaum zweifelhaft ist. Das Schlagwort von einem Sympathiestreik mit den englischen Arbeitern mag ja den Bestrebungen der Sozialdemokratie zustatten kommen, für die Erlangung der materiellen Forderungen der Arbeiter in Deutschland ist aber gerade das zeitliche Zutreffen der Streikbewegungen alles andere als förderlich. Wenn der Gedanke nicht zu fürchterlich wäre, so könnte man glauben, die internationale Sozialdemokratie hat den Streik injiziert, um das internationale Kapital zu schonen! Es ist bekannt, daß Deutschland eine immer wachsende Quantität Kohlen von England bezieht — diese Kohlenzufuhr ist durch den englischen Streik unterbrochen. Ohne diesen hätte sie im Falle eines deutschen Streikes gewaltige Dimensionen angenommen. Die deutschen Bechen hätten fürchten müssen, weite Kreise ihrer Abnehmer nicht nur im Inlande sondern auch im Auslande zu verlieren. Diese Tatsache hätte sicherlich einen für die Arbeiter nur günstigen Einfluß auf ihre Entschlüsse gehabt. Jetzt können sie dagegen — und auch noch einige Zeit nach Beilegung des englischen Streikes — zuwarten, bis die Arbeiter die Arbeit aus Hunger wieder aufnehmen müssen: denn die Unternehmer haben nichts zu riskieren, da die auswärtige Konkurrenz lahmgelegt ist. Es gleicht einem Verrat, unter solchen Umständen, einen Streik zu organisieren. Dieser Einbruch wird noch dadurch erhöht, daß die maßgebenden Kreise wissen, daß das vorhandene Geld niemals ausreicht, um den Streik durchzuführen.

Die öffentliche Meinung hat also die Momente gewürdigt, welche zu dem Streik geführt haben, und sie hat ihr Urteil über ihn bereits gesprochen. Es wird bekräftigt und aufrecht erhalten durch die ständischen Reichstagsgruppen und Angriffe, denen die Arbeitswilligen, insbesondere die „Christlichen“ ausgesetzt werden. Eine Entschuldigung gibt es hier nicht — die Führer haben die Geißel gerufen in jahrelanger Beharheit und nun werden sie dieselben nicht mehr los.

Noch ein Wort über die Wirkungen des Streikes. Die Montanindustrie wird die Gelegenheit benutzen, zum Ausgleich des entstandenen Schadens die Kohlenpreise noch weiter in die Höhe zu setzen, worunter vor allem die Metallindustrie zu leiden hat. Ueberhaupt ist diese und ihre Arbeiterschaft der von allen Nachteilen des Streiks zu erst und unmittelbar betroffene Teil. In England mußten infolge des Streiks bereits einige Werke den Betrieb einstellen oder einschränken, und auch bei uns hört man bereits vom Stilllegen einiger Hochöfen, weil Kohlen nicht zu beschaffen sind. Müssen die Werke aber ihren Betrieb einschränken oder gar ganz einstellen, so haben in erster Linie die Arbeiter darunter zu leiden, denn Arbeiterentlassungen und Feierlichkeiten sind dann unvermeidbar. Der jetzige Streik ist in der Lage, die ganze lebhafte Entwicklung, welche die Metallindustrie genommen hat, zu unterbinden. Die Kohlenpreise haben teilweise jetzt schon eine exorbitante Höhe erreicht, von der sie — auch nach Beendigung des Streiks — ergebnislos zurückgehen werden. Was das für unsere Industrie bei ihrem enormen Kohlenverbrauch bedeutet, ist ohne weiteres klar. Tief zu bedauern ist es, daß alle diese Nachteile eintreten, ohne daß ein Arbeiter einen Vorteil hat, — die Verantwortung fällt auf die, welche treiben und unter Verrat der Arbeiterinteressen, nur ihrer Partei dienend, das schmachvolle Werk begonnen haben.

Unsere Industrie jauch schon im Februar — mit einer Folge des dort erst drohenden Streikes — nicht mehr das Zutrauen, das sie bisher durchweg genossen hatte. Um ehesten wieder das dadurch bewiesen, daß der Durchbruch des Kurzwindes der biblischentragenden Raviere in der Industrie der Metalle und Maschinen von 202,41 am letzten Januar auf 197,92 am 29. Februar zurückgegangen ist. Der Kursstand am 29. Februar 1911 war 208,02! Die Rohisenverzögerung hat im Vergleich zum letzten Januar zugenommen — sie betrug im Februar 45 511 To. gegen 44 282 To. im Januar. Der Verband des Stahlwerkverbandes an A-Produkten weist im Februar eine beträchtliche Steigerung auf. Die Berichte aus unserer Industrie lauten bis jetzt außerordentlich günstig. Auf dem Rohisenmarkt herrscht befriedigender Geschäftsgang, der Halbzeugmarkt ist nach wie vor stark angepannt, das Ausland tritt immer noch als flotter Abnehmer auf. In Form- und besonders in Stabeisen macht sich eine gewisse Ruhe bemerkbar. Bei der Ueberpannung des Marktes, die für letzteres zweifellos vorhanden war, ist das nicht zu verwundern. Nicht ohne Einfluß auf die Einbedung der Konsumenten ist in neuerer Zeit wieder die Frage der Erneuerung des Stahlwerkverbandes gewesen, von der bis jetzt nur ihr entgegenstehende Schwierigkeiten bekannt geworden sind. In Grob-, Mittel- und Feinblechen ist die Beschäftigung gut, die Preise sind fest. Gezogene Drähte und Drahtstühle sind lebhaft gefragt, doch sind die Preise nicht sehr fest. Auf dem Markt der Gas- und Siederöhren herrscht sehr lebhafter Geschäftsgang, die Preise konnten sich etwas erholen, liegen aber in keinem Verhältnis zu der lebhaften Nachfrage. Die Beschäftigung der Maschinen- und Kleinereisenindustrie ist auftriefend.

Aus dem Murgtal.

Wer von Norden kommend über Karlsruhe nach der alten Festung Pfaffat fährt, hat Gelegenheit, von hier aus in kurzer Zeit das industriereiche Murgtal zu erreichen. Wer von unseren Kollegen in dieses Tal gesehen, wird mir bestimmen, wenn ich sage: es ist eines der schönsten Täler des bairischen Schwarzwaldes. Hier entwickelt sich zu jeder Jahreszeit reges, geschäftiges Treiben. Zur Sommerzeit ist es das Ziel von Hunderten von Ausflüglern aus dem nahen Pfaffat oder aus der bairischen Residenz. Gleich am Eingang des Tales reicht sich Dorf an Dorf: Ottenau, Gaggenau, Ottenau, Hörden, Bad Griesbach, dicht aneinander gebaut und links und rechts besäumt von Schwarzwälder Bergriesen. Auf der einen Seite ragt über alle anderen der Bergstein, der von seinem Gipfel einen herrlichen Meißel gewährt. Ein Gegenüber, der Pfaffat, ein erloschener Vulkan, gewährt ebenfalls einen schönen Ausblick in die Tünder. In seinen Felsen liegt das Weltkloster Baden, das dem Auge zur Hochsaison ein höchst interessantes Bild bietet. Reiche Engländer und Amerikaner, die nur zum Vergnügen und Geldausgeben ihre Zeit im Bad verbringen, begegnen fürsten aus allen Weltteilen, Industriellen und Geschäftstreibenden, die auf ein paar Wochen aus den staubigen Kontors und Fabriken geflüchtet sind. Menschen aus aller Herren Länder... ein babylonisches Sprachengewirr.

Doben auf der Obersteinburg, jetzt eine Ruine, herrschte einst auch ein reges Treiben; doch die rastlos rollende Zeit hat auch hier aufgeräumt, längst hat sie vernichtet, was sie einst aufgebaut — jetzt herrscht das Leben unten im Tal.

Es darf aber kein Kollege glauben, daß nur im Sommer der Schwarzwald seine Anziehungskraft hat, nein, der Eis- und Schneesturm lockt auch zur kalten Winterzeit Sportlustige in die Berge. Kurzum, Kollegen aus der Großstadt würden von Boretz befangen sein, würden sie von dem Schwarzwald als von der „Welt mit Brettern vernagelt“ sprechen.

Will ich nun von der „Poesie“ zur „Prosa“ übergehen, so komme ich damit auf ein Gebiet, das bei einem Vergleich sehr schlecht mit dem ersten abschneidet. Ich verhehle hier unter „Prosa“ die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Murgtaler Arbeiterschaft.

Angenommen, ein Kollege hat bei den Schilderungen der Natur Schönheiten unwillkürlich seinen Berliner geschminkt, ist in den Schwarzwald, ins Murgtal gekommen und hat in Gaggenau passende Stellung gefunden. So begeistert er über das Murgtal sein wird, er würde doch ein lauges Gesicht machen über die bestehenden Arbeitsverhältnisse. Geht der Fall, der Kollege ist Schlosser, da kann ihm ein Stundenlohn von 30-40 Pfg. geboten werden, was in der Großstadt schließlich ein Tagelöhner verdient. Durch Akkordarbeit kann er etwas höher kommen, viel wird es jedoch nicht sein. Doch er mag sich trösten, denn ungemein schlechter sind die Verhältnisse dort. Er kann in aller nächster Nähe der Fabrik sein Quartier ausschlagen, die letzteren nicht. Stundenweit von der Fabrik wohnend, heißt es früh auf, um per Bahn und per pedes rechtzeitig in die Fabrik zu kommen. Ein hoher Prozentsatz von dem geringen Lohn geht da an Fuhrlohn und Stiefelsohlen drauf. Geht der Fall, ein gelernter Arbeiter verdient vierzehntägig ca. 36 M., so muß er 3 M. davon an Fuhrlohn und Stiefelsohlen legen. Daß er mit dem Rest ein flottendes Leben führen kann, wird niemand zu behaupten wagen. Dazu kommt noch ein weiteres: Trotz der geringen Entlohnung glänzt man mit den Arbeitern nach Westfalen umspringen zu können. Geringfügige Ursachen führen vielfach zu Entlassungen. Ist der Arbeiter einige Tage krank, kann er sicher sein, daß sein Platz anderweitig besetzt ist. Außerdem führen die Meister ihren Arbeitern gegenüber stets den Ton eines „preussischen Unteroffiziers“. Akkordabzüge bis zu 100% (!) sind an der Tagesordnung und andere Mißstände mehr.

Wir fragen uns, wie ist so etwas heute noch möglich? Wohl hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hier eine Menge Mitglieder, aber seine „Wirksamkeit“ kennen zu lernen hat man nur bei der — Reichstagswahl Gelegenheit gehabt. Sonst hüllt er sich in tiefes Schweigen. Wirtschaftliche Interessenvertretung ist ihm scheinbar ein spanisches Dorf. Und Geld auszugeben für sozialdemokratische Phrasenpolitik, dafür hat das Gros der hiesigen Arbeiterschaft mit Recht kein Interesse, da es in seiner Besinnung noch christlich und dem Klassenkampf abgeneigt ist.

Und wie die roten Herren hier Mitgliedererwerb treiben! Hat je einer schon von Sozialdemokraten beherrschte Kriegervereine und Sanitätskolonnen gesehen? Es gibt deren, in denen mit Begeisterung dreimal Hoch gedonnert wird dem Kaiserbesitzer! Und wie konnte es dahin kommen? Teils durch rote Bauernfänger, teils durch das Fehlen der nötigen Unterstützung. Daß aber die Herren Genossen auch ihre Wirksamkeit in katholische Vereine zu verpflanzen wagen, ist Grund genug, vor dem heuchlerischen sagen. Revisionismus in der sozialdemokratischen Partei auf der Hut zu sein. Noch mehr Grund aber für uns, endlich mit Nachdruck und eiserner Energie „diese Edele“ für uns mit Beschlag zu legen. Leider fehlen uns noch vielfach die nötigen Agitatoren und Mitarbeiter, um bei der Ernte mitzuhelfen. Es darf den roten Bauernfängern nicht gelingen, sich in der aufsteigenden Industrie des Murgtales eine Hochburg zu errichten. Noch liegen die Verhältnisse so, daß für uns aufnahmefähiger Boden in Menge vorhanden ist. Darum müssen wir alle Kräfte anspannen, um in dem herrlichen Murgtale eine Hochburg für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen! Weßen christlichen Arbeiters Bruch müßte nicht schwellen in Begeisterung für dieses Ziel? Kollegen, rastlos, ausdauernd muß unsere Agitation werden, um dieses Ideal zur Wirklichkeit werden zu lassen. Ein Verräter an seinen und seines Standes Interessen wäre wahrscheinlich derjenige unserer Kollegen, der hier nicht mit Hand anlegen und tatelos abseits stehen wollte. Das Beispiel unserer schiefer-tätigen Gegner muß uns anspornen, es ihnen gleichzutun, nein, sie zu überbieten! Tag für Tag müssen unsere Reihen wachsen. In diesen Tagen und Wochen, in denen unserer Arbeit noch Erfolg beschieden ist, müssen wir mit Aufbietung aller Kräfte das lang veräumte mit Mut und Ausdauer nachholen.

Daß unsere Gegner suchen uns zuvorzukommen, zeigt die Tatsache, daß sie bereits die Jugend unseres Murgtales unter ihrem Panzer zu sammeln sich bemühen. Ottenau kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, einen Teil seiner arbeitenden Jugend den roten Volksbetrügnern zur Erziehung übergeben zu haben. Christliche Arbeiter des Murgtales, besinnt euch auf euch selbst; eure Jugend ist in Gefahr! Es ist also hohe Zeit, durch Anschluß an die christlichen Gewerkschaften den Umarmungen der Umsturzpartei einen starken Damm entgegen zu stellen.

Christlicher Arbeiter des Murgtales! Besinne dich deiner Kraft, die imstande ist, den Feinden von Religion und Vaterland für immer das Handwerk im Murgtal zu legen. Darum:

Kollegen!

Das Frühjahr ist auch für den Gewerkschaftler die Zeit ernster Arbeit! Jeder von uns ist an der weiteren Erftarkung des Verbandes interessiert; jeder muß deshalb mithelfen bei der Branchen- u. Hausagitation!

begeistert von dem Gedanken, für eine ideale Sache zu kämpfen, mit der zuberückblickenden Erwartung eines reichen Erfolges, hinein in den Kampf! Hoch die christlich-nationale Arbeiterbewegung!

Eine Konferenz der Zechenhandwerker des Ruhrreviers.

Am Sonntag, den 10. März, tagte im Restaurant „Zur Stadt Elberfeld“ in Essen eine von den christlichen Berufsverbänden der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Schreiner und Maler einberufene Zechenhandwerkerkonferenz. Um 2 1/2 Uhr eröffnete Bezirksleiter Kollege Hirtjes, der als Vorsitzender gewählt wurde, die Konferenz. Einleitend erörterte er den Zweck derselben. Schon vor zwei Jahren, am 19. Dezember 1909, habe in Gelsenkirchen eine Konferenz der Zechenmetallarbeiter stattgefunden, um Klarheit zu schaffen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf den Zechen beschäftigten Metallarbeiter. Damals war die Konferenz von 40 Delegierten besucht, welche 26 Zechen vertraten. Heute sei der Rahmen etwas größer gezogen, weil alle auf den Zechen beschäftigten Handwerker unter denselben mifflischen Verhältnissen zu leiden hätten und deshalb von vornherein zusammengehören. Vertreten waren 66 Zechen durch 87 Delegierte, zu dem Zweck, Stellung zu nehmen zu der gegenwärtigen Situation im Ruhrbergbau und zu beraten, wie die Lage der Zechenhandwerker zu bessern sei. Aus dem darauffolgenden Referate des Kollegen Pabberg-Essen sei hier folgendes festgehalten:

Wenn im allgemeinen der Grundsatz gelte, den Hilfsbedürftigsten die Hilfe zuerst, so könne dieses mit Recht auf die Zechenhandwerker übertragen werden. Es müsse von vornherein festgestellt werden, daß von allen im Rheinland und Westfalen beschäftigten Metallarbeitern die auf den Zechen über Tage beschäftigten Arbeiter am schlechtesten entlohnt werden. Nach der Statistik betrug im Jahre 1910 der Durchschnittstagesverdienst der in der Rheinisch-Westfälischen Stätten- und Walzwerksberufsgenossenschaft beschäftigten Arbeiter 4,94 M. pro Tag. In der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Kleinrentenindustrie-Berufsgenossenschaft war der Durchschnittslohn 4,28 M. Dagegen betrug im selben Jahre nach einer Statistik des Oberbergamts Dortmund der Durchschnittslohn der über Tage beschäftigten Arbeiter (zu denen zählen die Zechenhandwerker) pro Tag nur 3,88 M. Der eigentliche Bergarbeiter (Hauer und Lehrhauer) hatte einen Tagesdurchschnittsverdienst im Jahre 1910 von 5,37 M. Das ist ein Lohn, der bei der schweren und gefährlichen Arbeit des Bergmanns sicher nicht als hoch bezeichnet werden kann. Vergleichen wir damit aber die Löhne der Zechenhandwerker, die doch meist unter denselben Verhältnissen zu arbeiten gezwungen sind, wie der Bergmann, so fällt einem unbedingt der ungeheure Lohnunterschied zwischen diesen beiden Arbeiterkategorien auf. Dieser beträgt im Tag 1,49 M., das macht im Jahre 291 Mark. Da muß doch jeder, der die Verhältnisse kennt, einsehen, daß die Entlohnung der Zechenhandwerker eine zu minimale ist. Dazu kommt dann noch, daß der Bergmann in 8ständiger Schicht seinen Lohn verdient, wohingegen der Zechenhandwerker durchschnittlich 10 oder 12 Stunden täglich arbeiten muß. Wie es bei den heutigen teuren Verhältnissen dem Zechenhandwerker noch möglich war, sich und seine Familie anständig zu ernähren, ist zu bezweifeln.

Um verschiedene von Arbeiterfamilien aufgestellten Haushaltungsbudgets wies Kollege Pabberg nach, was eine mehrköpfige Arbeiterfamilie durchschnittlich benötigt, und daß ein Jahreseinkommen von 1164,- M. nicht ausreicht, um für ausreichende Ernährung, Wohnung, Kleidung z. zu sorgen. Dies ist auch der Grund, weshalb in fast keinem Berufe das Ueberstundenwesen so in Mitleid steht, wie bei den Zechenhandwerkern. Während von dem Bergmann im Jahre 1908 durchschnittlich 301 Schichten im Jahre verfahren wurden, arbeitete der Zechenhandwerker im selben Jahre 341 Schichten. 35-38, ja 45 Schichten im Monat sind bei den Zechenhandwerkern keine Seltenheiten. Daß dadurch die Zechenverwaltungen nicht verantwortlich werden, den Tageslohn zu heben, liegt auf der Hand. Nur durch Einschränkung des Ueberstundenwesens bekommen wir gesunde Arbeitsverhältnisse auf den Zechen. Zechenbeamte haben ja selbst zugegeben, daß das Ueberstundenwesen für die Zechen sehr einträglich sei, sie brauchen dadurch keine höheren Löhne zu zahlen und hielten die Arbeiter von den Organisationen fern. Kollege Pabberg geißelte sodann die Liebedienerei und Friederei, die gerade von einem Teile der Zechenhandwerker auf den meisten Zechen getrieben würden. Es sei Pflicht eines jeden Kollegen, solche Arbeitskollegen auf das Unwürdige ihres Tuns aufmerksam zu machen.

Nur durch die Organisation könne hier geholfen werden. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß in den letzten Jahren das Organisationsverhältnis sich gebessert habe, so könne erst dann von einer gründlichen Besserung der Arbeitsverhältnisse der Zechenhandwerker geredet werden, wenn auch der letzte Zechenhandwerker seiner Berufsorganisation beigetreten sei. Wenn es möglich sei, in der schweren Eisenindustrie die Leute zu organisieren, so müsse dieses auch auf den Zechen möglich sein. Notwendig sei aber, daß die Berufe auf den Zechen zusammenhielten und sich gegenseitig unterstützten.

Hier anschließend erörterte Kollege Bach vom christlichen Bauarbeiterverband, daß das Organisationsverhältnis der Zechenbauarbeiter im allgemeinen kein so ganz ungünstiges sei, trotzdem könne hier auch noch viel gebessert werden. Nebenbei sprach er dann noch die Wohlfahrtsvereine, welche vielfach dazu benutzt würden, die Bewegungsfreiheit der Zechenhandwerker einzuzengen.

Als Vertreter des christlichen Holzarbeiterverbandes beklagte Kollege Ruff das schlechte Organisationsverhältnis der Holzarbeiter auf den Zechen, gegenüber dem der Privatbetriebe, woraus auch die schlechten Verhältnisse für ihren Beruf auf den Zechen zu erklären seien.

In der Diskussion bestätigten die Delegierten die Ausführungen der Redner und erläuterten weiter die Verhältnisse auf den einzelnen Zechen. Den Arbeitern selbst sei ein großer Teil der Schuld an den schlechten Verhältnissen zuzuschreiben,

da sie den Organisationsgedanken nicht erfassen wollten. Es müsse jetzt in eine intensive Agitation eingetreten werden. Kollege Engel, Bochum, empfiehlt gemeinsame Zechenhandwerkerversammlungen in nächster Zeit abzuhalten, um dadurch das Solidaritätsgefühl der Zechenhandwerker zu wecken und dieselben einander näher zu bringen. Ferner müßten die Kollegen in Zukunft die Verhältnisse auf den einzelnen Zechen mehr in den einzelnen Verbandsorganen schildern und diese dann zur Agitation benutzen.

Nach der Diskussion begründete Kollege Hirtjes in klaren Ausführungen die Stellung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter während der jetzigen Bergarbeiterbewegung. Die Mahnung an alle Delegierten, dafür zu sorgen, daß sich die Zechenhandwerker nicht von einzelnen Schreibern und unreifen Elementen in den Kampf ziehen ließen, fand begeisterte Aufnahme. Als Ergebnis der interessanten Verhandlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige, im Lokale „Zur Stadt Elberfeld“ in Essen tagende Konferenz der auf den Zechen des Ruhrreviers beschäftigten Handwerker (Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Maler usw.), die von den beteiligten christlichen Berufsverbänden einberufen und von 87 Delegierten von 66 Zechen besucht ist, erklärt einmütig, daß die heutige Lage der im Ruhrbergbau beschäftigten Handwerker keinesfalls ihrer schwierigen und teilweise sehr gefährlichen Arbeit entspricht. Insbesondere sind die Lohnverhältnisse in keiner Weise den erheblich gestiegenen Preisen sämtlicher Lebensbedürfnisse angepaßt. Die Konferenz fordert die Handwerker aller Ruhrzechen auf, ihre Wünsche unverzüglich durch die Arbeiterausschüsse den Grubenverwaltungen zu unterbreiten. Von den Grubenverwaltungen erwartet die Konferenz, daß sie den durchaus berechtigten Wünschen der Zechenhandwerker Rechnung tragen, daß insbesondere die außergewöhnlich niedrigen Löhne entsprechend erhöht und dem übermäßigen Ueberstundenwesen gesteuert wird. In der gegenwärtigen Lage im Ruhrbergbau erklärt sich die Konferenz einmütig mit der Parole des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter einverstanden und ersucht die Zechenhandwerker dringend, sich nicht von unreifen Elementen zu unüberlegten Schritten hinreichend zu lassen, sondern unbedingt der vom Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter ausgegebenen Parole zu folgen.“

Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier

Ueber das ablehnende Verhalten des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter zum gegenwärtigen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier werden in der sozialdemokratischen Presse die abenteuerlichsten Betrachtungen angestellt. Ähnliche ungeheuer „geistreiche“ Auslassungen finden sich auch in einigen solcher bürgerlichen Blätter, die sich vorwiegend aus dem besessenen roten Lager informieren lassen. Gegen diese Unterstellungen wandte sich Kollege Stegerwald in einem Artikel in der „Röhr. Volksztg.“ vom 14. März. Wir lesen da u. a.:

„Bei dem gegenwärtigen Ruhrbergarbeiterstreik tritt folgende Tatsache klar in die Erscheinung: Der grundsätzliche Unterschied in der Stellung zum Streik zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Und dieser Unterschied besteht darin, daß die christlichen Gewerkschaften den Streik ausschließlich als wirtschaftliches und letztes Kampfmittel ansehen, während er für die Sozialdemokratie nicht bloß wirtschaftliches, sondern auch politisches Kampfmittel ist und daneben noch als internationales Demonstrationsobjekt benutzt wird. Die unterschiedliche Handhabung des Streiks zwischen sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften ist von letzteren im Verlaufe der jüngsten Zeit mehrfach hervorgekehrt worden. Es braucht nur erinnert zu werden an die parlamentarischen Diskussionen über die den Verbänden für das staatliche und öffentliche Verkehrsgewerbe zustehenden Kampfmittel — für die bekanntlich die christlichen Gewerkschaften den Streik ablehnen — und an den Aufruf des Ausschusses des christlich-nationalen Arbeiterkongresses im vergangenen September gelegentlich der letzten Meerklostrift. Der gegenwärtige Bergarbeiterstreik in der Ruhr ist nicht in der Hauptsache aus den sozialen Verhältnissen im Ruhrbergbau verursacht, sondern er ist zum weitaus größeren Teile aus dem englischen Bergarbeiterstreik hervorgegangen.“

Dafür werden eine Reihe durchschlagender Gründe angeführt mit der Schlussfolgerung, daß der englische Bergarbeiterstreik einen zu gleicher Zeit in Deutschland geführten Streik sehr ungünstig beeinflussen müsse.

„Durch den englischen Bergarbeiterstreik fehlt in der Gegenwart tatsächlich eines der hauptsächlichsten Druckmittel auf die deutschen Bergbauunternehmer. Der Hauptkohlenkonkurrent Deutschlands ist nämlich England; in der Gegenwart aber kann England weder dem deutschen Bergbau Konkurrenz noch Absatzgebiete streitig machen, weil die englischen Bergleute selbst streiken. Der deutsche Bergbau kann also in den nächsten Wochen Absatzgebiete nicht verlieren. Im Gegenteil, ein Teil der englischen Absatzgebiete (Berlin, Stettin usw.) wird nunmehr von der schlesischen Kohle zurückerobert werden. Der Ruhrbergbau kann sonach in der Gegenwart einen Streik von etwa einmonatiger Dauer ohne dauernden Verlust von Absatzgebieten ertragen. Der Ausfall an der Produktionsmenge kann im Verlaufe des Jahres durch Einlage von Ueber-schichten zum Teil durch das Kohlenyndikat reguliert werden. Ein größerer Schaden kann durch einen Bergarbeiterstreik in der Gegenwart lediglich den übrigen Industrien, insbesondere der Metall- und Textilindustrie verursacht werden. Und diese Industrien haben ohne Zweifel die Situation im Bergbau nicht verschuldet. Die Textilindustrie hat sich ohnedem noch kaum von ihrer schwierigen Lage, in der sie sich im letzten Jahre infolge der anomalen hohen Baumwollpreise befand, wieder erholt. Auf solche Gesichtspunkte und Zusammenhänge hat eine Gewerkschaftsbewegung Rücksicht zu nehmen, und zwar nicht bloß im Interesse der einheimischen Volkswirtschaft, sondern auch im ureigensten Interesse der in den übrigen Industrien beschäftigten Arbeiterschaft. Die deutsche Textilindustrie und verschiedene Zweige der deutschen Metallindustrie hätten, wenn es in Deutschland nicht zum Streik gekommen wäre, ihren englischen Konkurrenzindustrien in der Gegenwart wie noch nie beikommen können.“

Im übrigen staut der Streik nach den letzten vorliegenden Meldungen bereits wieder ab. Wäre schon am ersten und zweiten Streiktag besser für die persönliche Sicherheit der ruhig und vernünftig denkenden Bergleute gesorgt gewesen, hätte der Streik gar nicht erst diesen Umfang annehmen können. Der Streik hat überdies auch so diesmal verhältnismäßig bei weitem nicht den Umfang angenommen, als der von 1905. Damals betrug die Gesamtbelegschaft des Ruhrreviers rund 270 000. Die Revierkonferenz, die 1905 den Streik beschloß, fand am 16. Januar statt. Am 19. Januar 1905 streikten bereits 217 000 Mann. Gegenwärtig beträgt die Belegschaft rund 360 000; es streikten dagegen am vierten Streiktag 189 000 Mann, somit ein bedeutend geringerer Teil der Gesamtbelegschaft gegen 1905. Diese Ziffern illustrieren deutlicher als die geistreichsten Redensarten, daß die Parole des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter zur Weiterarbeit nicht nur von seinen Mitgliedern, sondern auch in andern Arbeiterkreisen befolgt wurde.

Aus der Arbeiterbewegung.

Christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften in der Schweiz.

Von sozialdemokratischer Seite werden die christlichen Berufsorganisationen der Schweiz gewöhnlich als gänzlich bedeutungslos hingestellt. Im direkten Gegensatz hierzu steht allerdings die leidenschaftliche Kampfweise der Sozialdemokratie. Abgesehen davon stimmt es aber auch nicht, daß die christlichen Gewerkschaften in der Schweiz ohne Bedeutung wären. Sie haben im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens 11 780 Mitglieder organisiert, während die sozialdemokratischen Verbände 13 Jahre nach ihrer Gründung (1880) nur 9500 Mitglieder gesammelt hatten. Besonders bemerkenswert ist ferner, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Zeit von 1907 bis 1911 von 75 000 auf 68 000, also um 7 000 Mitglieder heruntergegangen sind, während die christlichen Berufsverbände in der gleichen Zeit um 7000 Mitglieder zugenommen haben.

Sozialdemokratische Jugendverbände

Die sozialdemokratische Jugendbewegung gibt durch ihr Anwachsen und die Art ihrer Propaganda zu immer größeren Bedenken Anlaß. Systematisch werden die jungen Leute mit Haß gegen Thron und Altar erfüllt, im revolutionären Geiste erzogen. So werden die jugendlichen Leser z. B. in der „Arbeiter-Jugend“, Nr. 8 1909, in einer Revolutionshymne gegen die bestehende Ordnung wie folgt aufgereizt:

Tob euch, den Sentern und Despoten!
Die alte Niedertracht zerfällt!
Wir pflügen um den alten Boden
Wir bauen eine neue Welt!

Und weiter:

Wir sind die Kraft!
Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat.
Und wie im Sturm zur Hauptstadt geht's!
Anschwellt ihr Aug lawinengleich!
Um stürzt der Thron,
Die Krone fällt
In seinen Angeln ächzt das Reich!

Diese Heßerei beziehen sich zwar auf die russische Revolution, aber es liegt klar auf der Hand, welche Wirkungen sie in jugendlichen Köpfen haben und welche Verheerungen sie hier anrichten müssen. Der sozialistischen Jugendverbände gilt es die christliche und vaterländische Jugendbewegung entgegen zu stellen, insbesondere die erwerbstätige Jugend schon frühzeitig auch der christlichen Gewerkschaftsbewegung zuzuführen. Nur durch rechtzeitigen Anschluß an diese letztere Bewegung kann unsere Jugend vor den verwerflichen Einflüssen der Genossen auf den Werkstätten in wirksamer Weise geschützt werden.

Ohne Terrorismus kommt die Sozialdemokratie nicht aus.

selbst nicht in ihren eigenen Reihen. Unter den wirkungsvollsten Sozialdemokraten tobt zurzeit ein heftiger Bruderkrieg. Mehrere Göttinger „Genossen“, denen das dortige Parteiorgan die Spalten verperrte, veröffentlichten in der in Ulm erscheinenden „Donnamacht“ eine dem brüderlichen Kampf betreffende Erklärung, worin es sehr bezeichnend heißt:

„Es steht fest, daß unser Parteileben in Göttingen vergiftet ist. Warum? Weil hier ein bedauerlicher Grund-satz, den wir in der sozialdemokratischen Partei nicht aufkommen lassen dürfen, hochgehalten wird und den der Vorsitzende der Göttinger sozialdemokratischen Partei (der Sonntagsabgeordnete Kinkel) in einer Parteiverammlung offen auspricht: Ohne Terrorismus auch innerhalb unserer Reihen kommen wir in unserem Parteileben nicht aus!“

Die Erklärung ist von zwei sozialdemokratischen Bürgerausdruckmitgliedern (Widmann und Suttelmaier) und einem Krankenkassenangehörigen (Engelmann) unterzeichnet. — Was der sozialdemokratische Führer Kinkel da in einem schwachen Augenblick offen ausgesprochen hat, ist nicht nur in Göttingen, sondern fast allgemein in der Sozialdemokratie geltender Grundsatz. Und wenn die Sozialisten schon gegen eigene Parteiangehörige Terrorismus anwenden, dann kann man sich einen Begriff davon machen, welche Mittel sie gegen grundsätzliche Gegner anzuwenden belieben.

Rundschau.

Die Evangelischen Jungmännervereine besaßen sich Ende Februar d. J. auf dem 16. Jahresfest des christlichen Vereins junger Männer zu Hannover in einer besonderen Konferenz mit der Gewerkschaftsfrage. Herr Sekretär Müller-Hannover legte seinen Ausführungen über diese Frage Leitende zugrunde, in denen darauf hingewiesen wird, daß die christlichen Vereine junger Männer an den großen sozialen Bewegungen der Gegenwart nicht mehr achtlos vorbeiziehen könnten, sondern zu den einzelnen Strömungen Stellung

nehmen müßten. So auch zur Gewerkschaftsfrage. Wirklich heißt es in den Zeitschriften:

„Von den Gewerkschaften stehen die christlichen den Jungmännervereinen am nächsten, weil sie auf christlicher Grundlage ruhen. Die Stellung des Vereins zu denselben muß darnach freundlich und fördernd sein. (Durch Belehrung, Literatur, Zeitschriften.)

Wo sie (die Mitglieder) durch den Terrorismus gezwungen worden sind, in die „freie“ Gewerkschaft einzutreten, sollen sie ihre Stellung einer gründlichen Revision unterziehen. — Die Bedenken, die von evangelischer Seite gegen die christlichen Gewerkschaften laut geworden sind, haben sich als haltlos erwiesen. In den christlichen Gewerkschaften ist einzig und allein der Platz für unsere Mitglieder.“

Das ist eine klare Stellung, die im Interesse der christlichen Gesamtbewegung aufrichtig zu begrüßen ist. Andere evangelische Vereinigungen, die in der Gewerkschaftsfrage noch unschlüssig sind, könnten sich ein Beispiel daran nehmen.

Vom Lohn kann bekanntlich nur die Summe gepfändet werden, welche den Betrag von 1500 M. jährlich übersteigt. In der Praxis ist das nun vielfach so gehandhabt worden, daß Gläubiger ihren Schuldnern den Betrag mit Beschlagnahme belegten, der über 125 M. im Monat hinaus ging. Das sächsische Oberlandesgericht hat jetzt in dieser Sache ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Nach seinem Entscheid ist es nicht angängig in Monaten, wo durch günstige Verhältnisse mehr wie 125 M. verdient wurden, den überschüssigen Betrag einfach zu pfänden. Es muß vielmehr immer erst ein Ausgleich mit den weniger verdienstreichen Monaten und Wochen herbeigeführt werden. Ergibt sich nach dem Ausgleich, daß der Jahreslohn 1500 M. übersteigt, dann ist bei jeder Lohnzahlung so viel pfändbar, als von dem 1500 M. übersteigenden Betrag auf die einzelne Lohnperiode entfällt. Ist der Lohn im Jahre nicht höher wie 1500 M., darf nichts gepfändet werden, ohne Rücksicht darauf, ob in einzelnen Monaten mehr wie 125 M. verdient wird.

Gewerbliche Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren können nach einer Bestimmung der großen Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1909 durch die Gemeinden oder einen weiteren Kommunalverband zum Besuch einer Fortbildungsschule verpflichtet werden. Schon bei der Beratung des Gesetzes im Reichstag haben sich die Unternehmer gegen diese Bestimmung scharf gewehrt und jetzt versuchen sie, die Gemeinden von der praktischen Ausführung des Gesetzes zurückzuhalten. Die Arbeitgeber begründen ihren Widerstand hauptsächlich damit, daß die Freigabe der Arbeiterinnen für die Zeit des Unterrichts Störungen des Betriebes im Gefolge hätte. Selbst wenn dem hier und da so wäre — bei gutem Willen läßt sich aber wohl in den meisten Fällen ein Ausgleich finden — so stehen beim die großen Vorteile ideeller, sozialer und wirtschaftlicher Natur gegenüber, die mit dem Fortbildungsschulsystem für die jugendlichen Arbeiterinnen verbunden sind. Es muß daher auf der ganzen Linie dafür eingetreten werden, daß die Fortbildungspflicht auch dem Sinne des Gesetzgebers entsprechend auf die jugendlichen Arbeiterinnen unter 18 Jahren ausgedehnt wird. Den Kommunalbehörden ist hierin zwar freie Hand gelassen worden, aber wo größere Zahlen gewerblicher Arbeiterinnen vorhanden sind, sollten es die Gemeinden als ihre Pflicht im Interesse der Gesamtheit betrachten; das Gesetz zur Ausführung zu bringen, unbekümmert um die Einwände einzelner Interessentenpolitiker.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine hat am 10. März in Düsseldorf einen außerordentlichen Genossenschaftstag abgehalten. Mehr als hundert Genossenschaften hatten über dreihundert Vertreter zu der Tagung entsendet. Beschlössen wurde die Gründung einer Großkaufszentrale. Diese soll voraussichtlich am 1. Juli in Köln als Aktiengesellschaft in Tätigkeit treten. Zu der geplanten Umsatzsteuererhöhung nahm der Genossenschaftstag eine Resolution an, in der es u. a. heißt:

„Der Konsumverein unterliegt als einzige Genossenschaftsart der Einkommensteuerpflicht, was als eine Ausnahmestimmung gegen die Organisation der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten angesehen werden muß. 75 Vereine des Verbandes westdeutscher Konsumvereine hatten im Jahre 1910 bereits rund 60 000 M. an Steuern zu zahlen. Hinzu kommt, daß § 8 des Gewerbesteuererhebungsgesetzes und § 5 des Warenkaufsteuererhebungsgesetzes den Konsumvereinen Vergünstigungen vorenthalten, die dem Privathandel eingeräumt werden. Unter Berufung auf die national-ökonomische Wissenschaft und die Rechtsprechung, die auf dem Standpunkte stehen, daß das Wesen der Konsumvereine die vollständige Steuerfreiheit rechtfertigt, lehnen die antwortenden Vertreter eine weitere Ausnahmestimmung ab, wie die geplante Besteuerung, der im Statut festgesetzten Rabattpflichten sie darstellt, entschieden ab. Diese Rabattpflichten bedeuten eine Verbindlichkeit des Vereins den Mitgliedern gegenüber und verlieren damit jeden steuerrechtlichen rechtfertigenden Charakter. Auf Grund der Preisgleichheit des Rabatts im Rabattpflichtverein, des Privatrabatts und desjenigen im Konsumverein erscheint eine einheitliche Besteuerung nur des Letzteren durchaus ungerecht, weshalb die Anwesenden ers. bitten, dem Entwurf in der vorliegenden Form die Zustimmung zu verweigern zu wollen, dies umso mehr, als mit der Erhebung desselben zum Gesetz eine weitere Verstärkung der Lebenshaltung derjenigen Kreise verbunden ist, die in der Hauptsache die Kosten der Reichsfinanzreform zu tragen haben.“

Weiter legte der Genossenschaftstag entschiedenen Verwahrung ein gegen die unzulässige Kampfesweise einer in Köln tagenden Mittelhandelsvereinigung und gab seiner Willensmeinung in einer entsprechenden Resolution Ausdruck. Der Rest der Tagung wurde durch gemeinsamen Einlauf ausgefallen. Wie uns berichtet wird wurde fleißig gekämpft.

Daß der Sympathiezeit der Ruhrbergleute die Kampfesansichten der englischen Bergarbeiter nicht im geringsten fördert, ist eine bekannte Tatsache. Bekanntlich ist nur, daß die sozialdemokratische Partei dieses abstreift. Ihr hochmütiges Bestreben ist im höchsten Grade unwahr und von Sachkenntnis nicht getrübt. Zum Beweise dafür sei ein Urteil des sozialdemokratischen Bergarbeiterführers Otto Düe in der Angelegenheit hier wiedergegeben. Nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ Nr. 240/1911 jagte Düe am 3. März in einer Versammlung in Weiden unter anderem: „Durch einen Streik in Deutschland würde den englischen Grubenbesitzern das Herz erleichtert, da sie nicht mehr zu fürchten brauchen, ihre Absatzgebiete zu verlieren. Die Fortsetzung der Forderung hier in Deutschland ist das härteste Preßionsmittel, das für die englischen Bergarbeiter gegenüber den englischen Grubenbesitzern vorhanden ist.“

Da die Sozialdemokraten trotzdem einen Streik im Ruhrrevier angezettelt haben, schädigen sie die englischen Bergleute und nützen den britischen Kapitalisten. Die christlichen Bergleute haben keine Veranlassung, solch ein zweifelhaftes Spiel mitzumachen.

In den Mitgliederkreisen des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes gewinnt die Erkenntnis vom sozialdemokratischen Charakter des Verbandes an Boden. Eine Anzahl langjähriger Mitglieder zog die Konsequenz aus dieser Erkenntnis und trat zum Gutenbergsbund über. Warum diese Kollegen, die lange Jahre treue und eifrige Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes waren, und teilweise an der Spitze standen, diesen Schritt getan haben, geht aus folgender Erklärung hervor, die sie bei der Leitung des Gutenbergsbundes abgaben:

Erklärung. Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß ihr Uebertritt in den Gutenbergs-Bund auf freier persönlicher Entscheidung beruht und in keiner Weise auf geschäftliche oder sonstige Beeinflussung zurückzuführen ist. Lediglich die Haltung des Korrespondent vor, während und nach der Reichstagswahl gab den Anstoß zu diesem Schritte, weil die Unterzeichneten nunmehr davon überzeugt sind, daß die Neutralität im Verbands der deutschen Buchdrucker vornehmlich durch die Haltung des Verbandsorgans zur Farce gestempelt wurde, und eine Aenderung durch den Zentralvorstand, nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen, als aussichtslos betrachtet werden muß.

Heinr. Schneider. Karl Joh. Schmidt. Josef Haas. Der zuerst Unterzeichnete, Heinrich Schneider, ist den christlichen Gewerkschaften bekannt unter dem Namen „Heinrich vom Rhein“. Dieser Kollege hat bis vor Jahren den Buchdruckerverband mündlich und schriftlich verteidigt und der Korrespondent wolle stets damit beweisen, daß der Verband neutral sei. In den letzten Jahren hat Kollege Schneider im Korrespondent sich nicht mehr vernehmen lassen, merkte er doch, daß der Verband immer weiter in das sozialdemokratische Lager geraten war. Schneider empfand das als einen Widerspruch und gegen seine Ueberzeugung. Er verfolgte die Dinge jetzt eingehender, benutzte das vom „Typograph“ gebotene Material zu eifrigem Studium, wurde ebenfalls fähig, daß der Korrespondent nicht eine der angeführten Tatsachen widerlegen konnte und immer mehr kam die Erkenntnis, daß sein Platz nicht mehr länger im Verband sein könne.

Aus der Metallindustrie. Das Geschäftsjahr 1911 erbrachte dem Krefelder Stahlwerk einen Ueberschuß von 1 512 000 M. Der Reingewinn beträgt 604 000 M. Dividende wird 10% verteilt. — Die A.-G. Bergelias in Bensberg erzielte einen Bruttogewinn von 1 191 000 M. Der Reingewinn beträgt 364 000 M. Die Dividende beträgt 6%. — Das Eisenhüttenwerk Thale a. Harz erzielte einen Ueberschuß von 4 160 000 Mark. Der Reingewinn beträgt rund 2 942 000 M. Davon erhalten die Aktionäre 1 131 840 M., das sind 18% Dividende. — Die Hormalswerk in Kiel verzeichnet im letzten Jahre eine Unterbilanz von 424 342 M. gegen 444 697 M. im Vorjahre. Dieses wiederum ungünstige Ergebnis führt der Geschäftsbericht auf Streikwirkungen und allgemeine Lohnerhöhungen zurück.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Reus erlaubte sich unlängst im Reichstage eine Beschimpfung der christlichen Gewerkschaften. Auch meinte er: „Die christlichen Gewerkschaften hätten die einheitliche Aktion des Proletariats gegen den Kapitalismus gelähmt.“ Es erübrigt sich, daß wir gegen diese Unterstellungen polemisieren. Ist doch zur Genüge bekannt, daß die Arbeiterzerpflitterer im sozialdemokratischen Lager sitzen. Zu seiner Belehrung möge sich Genosse Reus folgende Stelle einprägen, die er im Organ des sozialdemokratischen „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes“ Nr. 2, 1911 im Original nachlesen kann:

Im März 1868 erschien das „Offene Antwortschreiben“ Lassalles an das Leipziger Arbeitervereinskomitee und im Anschluß daran wurde die sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. Bebel bekannte sich 1868 auf dem Nürnbergervereinstag als Sozialdemokrat. Bis dahin war Bebel Vorsitzender des freiwilligen Arbeitervereins Leipzig. Der Freijünger lehnte die Monatsbeiträge der Arbeitervereine ab, damit dieselben über seine politischen Aktionen nichts mitzureden haben. Auch lehnte der Freijünger das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht als Programmforderung ab. Bebel blieb aber weder innerhalb der freijünglichen Partei, um dort durch Erlangung immer größeren Einflusses die Parteileitung zur Anerkennung dieser damals richtigen Forderungen zu zwingen, noch trat er mit den hinter ihm stehenden Arbeitervereinen zu der damals bereits seit sechs Jahren bestehenden Partei der Lassalleaner über. Vielmehr gründete er mit Liebknecht eine neue Partei, welche sieben Jahre lang mit den Lassalleanern einen Bruderkampf mit den giftigsten Waffen führte. Sogar wurde v. Schweizer, der Präsident der Lassalleaner, des Verrats an die Regierung von Liebknecht und Bebel während der Zeit verdächtigt, während welcher v. Schweizer eine sechsmonatige Gefängnisstrafe für seine agitatorische Tätigkeit verbüßte. Auf der 8. Generalversammlung in Elberfeld eingeladen und zur Rede gestellt, konnte weder Liebknecht noch Bebel seine Verdächtigung beweisen. Ihre Parteizerpflitterung — um in der heutigen Umgangssprache zu sprechen — trieben sie aber beide ruhig weiter.“

Also: Wo sitzen die Arbeiterzerpflitterer, Herr Reus?

Ein Paar in der Butte gefunden hat der schweizerische Genossenschaftsführer Giesler, der bisherige Vertreter des Kantons Aargau, welcher sein Graubündener Mandat und alle übrigen von ihm bekleideten Ämter der sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau zur Verfügung gestellt hat. Giesler war Sozialdemokrat, und ein äußerst rühriger Agitator. Zwischen dem Kantonalvorstand der aargauischen Partei und den Berlegern des „Freien Aargauer“, des Organs der aargauischen Sozialdemokratie, und ein äußerst rühriger Agitator. Zwischen dem Kantonalvorstand der aargauischen Partei und den Berlegern des „Freien Aargauer“ ist eine große Mißbilligung zu bestehen, die zum Austritt des Genossen Giesler aus der Partei führten. Giesler schreibt zu seinem Abschied: „Nicht momentane Mißbilligung ist es, die mich zu diesem Schritte veranlaßt. Wohlüberlegt und mit schwerem Herzen ist er erfolgt. Franzj. Jahre hand ich in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung der Sozialdemokratie. Was die widerlichsten Interessen der Arbeitgeber, was der Buchdruckerstreik von 1905 nicht zuwande brachte, das haben nunmehr Reich, Mißgunst und Unverständnis einer Anzahl sogenannter Genossen zuwande gebracht. Diese drei Eigenschaften, die schlechte Berater der Arbeiterbewegung sind, sind es, die mich veranlassen, aus den Reihen der kämpfenden Arbeiterführer auszu-

schreiben. Brutaler als die Arbeitgeber anno 1905 mit uns verfahren, verfährt eine irreführte Masse Proletariat mit den berzeitigen Berlegern des „Freien Aargauer“.

Dieser Austritt trifft die Genossen umso empfindlicher, weil der Redakteur des Winterthurer Parteiblattes, Genosse Beshota, Knapp eine Woche vorher aus der Partei austrat. Diesen Austritt ist nun in den letzten Tagen der Austritt der Luzerner und Brauer Typographia aus der sozialdemokratischen Arbeiterunion gefolgt. Wie man sieht, geht es der schweizerischen Sozialdemokratie gar nicht gut.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur jüngsten Lohnbewegung auf den Schiffbauwerken.

Als die Arbeiterschaft der Schiffbauwerke in Danzig am 23. August vorigen Jahres nach zehntägigem Kampfe den Streik aufhob, da geschah dieses in dem zusehrenden Bewußtsein, daß das erstrebte Ziel — die Verwirklichung der beschiedenen Forderungen — nicht mehr in allzu weiter Ferne liege. Ungebrochen, einig und geschlossen, wie sie in den Kampf getreten, nahm sie entschlossen die Arbeit wieder auf. Keine feige Fahnenflucht war zu verzeichnen, manhaft arbeiteten sie nach wie vor an der Stärkung ihrer Organisation — und mit Recht schrieben wir damals in unserer Nr. 35/1911: „Eine solche Arbeiterschaft darf frohen Mutes in die Zukunft schauen. Es wird und muß vorwärts gehen, trotz alledem!“ Woran es damals fehlte? Warum die Danziger Arbeiterschaft trotz des zehntägigen zähen Ringens keinen Erfolg hatte, das war auf die mangelnde Solidarität der Arbeiter auf den Schiffbauwerken zu Elbing zurückzuführen. Dort fehlte denn nun auch die gewerkschaftliche Bewegung und Ausföhrung ein. Die sozialdemokratischen und S.-D. Organisationen besaßen in Elbing bereits einen nennenswerten Stamm von Mitgliedern. Auch unserem Verbands gelang es jetzt nach und nach, dort eine Anzahl Mitglieder zu gewinnen. In den letzten Monaten berieten dann in Danzig und Elbing Vertrauensmännerversammlungen der beteiligten Organisationen über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Lohnaufbesserung auf den Elbinger und Danziger Werken der Firma Schiffbau. In beiden Orten wurde schließlich beschlossen, der Firma entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. In einer Anzahl Branchenversammlungen wurden diese im einzelnen beraten. In einer allgemeinen Versammlung der organisierten Arbeiter der Schiffbauwerke die am 20. Februar in Danzig tagte, fanden die inzwischen formulierten Forderungen einstimmige Annahme. Durch die Krankenkassenvorstände wurden die Eingaben darauf am 27. Februar den Leitungen der Werke in Elbing und Danzig übergeben, mit dem Ersuchen um eine Unterredung zwecks Verhandlung über die Vorschläge der Arbeiter.

Die seitens der Arbeiter der Firma unterbreiteten Vorschläge für die Höhe der Einstellungslohne sind folgende:

Branche	Lohn in Pfennigen pro Stunde in	
	Danzig	Elbing
Schiffbauhölzer	34	34
Maschinenbauhölzer	36	36
Betriebshölzer	37	37
Dreher	40	40
Feizer und Maschinisten	35	35
Mechaniker	40	—
Böhler, Locher, Knarrer, Hobler	33	33
Schiffbauer	40	40
Schiffbauhelfer	32	32
Stemmer und Verpacker	35	35
Nielerstimmermeister	36	36
Nielerhelfer	32	32
Nietenwärmer und Langer	20	20
Schiffszimmerer	40	40
Klempner	37	—
Schiffstischler	40	40
Schiffschmiede-Schirmermeister	38	44
Helfer	33	38
Hammerführer	35	35
Maschinenschmiede-Schirmermeister	—	45
Helfer	—	38
Hammerstrome-Schirmermeister	—	45
Helfer	—	42
Keilschmiede-Schirmermeister	—	48
Helfer	—	40
Maler	37	37
Anstreicher	32	32
Kupferschmiede	44	44
Kranführer	35	35
Hilfsarbeiter in der Kessel- und Kupferschmiede, Schlosserei, Maschinenbau	32	32
Maschinenarbeiter in der Tischlerei	—	37
Modellschler	—	45
Formen	—	35
Fernmacher	—	32
Giehereihilfsarbeiter	—	30
Seelente und Toller	32	30
Winkelschmiede-Schirmermeister	—	45
Helfer	—	38
Schweizer	—	43

Die Löhne für Feizer, Maschinisten und Kranführer verhalten sich bei täglicher zwölfstündiger Arbeitszeit ohne Ausschlag. Sofern eine zwölf Stunden überschreitende Arbeitszeit erforderlich wird, ist der Ausschlag für Nacharbeit zu zahlen. Für Arbeiten qualifizierter Arbeiter oder besonders gefährliche Arbeiten, die ständig in Stundenlohn ausgeführt werden, zum Beispiel Kranführer, Maschinenbauhölzer usw., soll ein Zuschlag von 25 Prozent gezahlt werden.

Die gleichzeitig eingereichten Vorschläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben folgenden Wortlaut:

1. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden täglich, Sonnabends 8 1/2 Stunden.
2. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist zwei Stunden früher Feierabend.
3. Es werden Einstellungslohne für die einzelnen Branchen für alle über 20 Jahre alten Arbeiter eingeführt.
4. a) Die Löhne für die zurzeit im Betrieb beschäftigten Arbeiter werden bis auf die Höhe der Einstellungslohne gebracht. Für alle Arbeiter, die dadurch nicht wenigstens 2 Bg. Aufbesserung erhalten, wird der Lohn so festgelegt, daß diese Aufbesserung erreicht wird. b) Mit dem Tage des Eintritts der verkürzten Arbeitszeit werden die Löhne so geregelt, daß der nach obigen Bestimmungen in 10 Stunden erzielte Arbeitsverdienst auch in der verkürzten Arbeitszeit erzielt wird. Bruchteile von Pfennigen werden in allen Fällen nach oben abgerundet. c) Wer entlassen wird, oder freiwillig die Arbeit ver-

läßt, bekommt den bisher bezogenen Lohn, wenn er wieder eingestellt wird. d) Die Arbeitslöhne für durch Alter oder Invalidität Minderleistungsfähige unterliegen der freien Vereinbarung von Fall zu Fall.

5. a) Affordpreise für Arbeiten, die bisher schon gemacht wurden und sich wiederholen, dürfen nicht herabgesetzt werden, sofern nicht Erleichterung der Arbeit durch technische Hilfsmittel erfolgt. b) Wo Erhöhung solcher Affordpreise erforderlich ist, werden die Branchenvertreter dies mitteilen. Neue Affordpreise sollen so kalkuliert werden, daß nach Vergleich mit ähnlichen früheren Arbeiten in der Regel ein Affordüberschuß von 50 Prozent, jedoch nicht unter 33 1/2 Prozent erzielt werden kann. c) Vor Uebernahme der Arbeit ist der Preis den Arbeitern durch Affordzettel mitzuteilen und ihnen ein Einspruchsrecht in der Weise zu geben, daß sie bei den Arbeiten, deren Preis ihnen zu niedrig kalkuliert erscheint, ihren Stundenlohn nebst einem angemessenen Zuschlag ausbezahlt bekommen. d) Der Ueberverdienst muß für jeden Afford berechnet und ausbezahlt werden. Eine Aufrechnung des Affordverdienstes verschiedener Afforde ist unzulässig.

6. Bei Entlassung oder freiwilligem Austritt des Arbeiters aus dem Betrieb sind ihm etwaige Affordüberschüsse unverzüglich auszuzahlen.

7. Die Auszahlung des Affordüberschusses erfolgt bei allen Afforden nach Fertigstellung derselben bei der nächsten Lohnzahlung. Bei länger andauernden Afforden wird bei jeder Lohnzahlung außer dem Lohn eine Abschlagszahlung auf den verdienten Affordüberschuß geleistet.

8. Ueberzeitarbeit ist nur in dringenden Fällen zu leisten und wird mit folgenden Zuschlägen bezahlt: Ueberstunden 25 Prozent, Nachtarbeit 33 1/2 Prozent, Sonn- und Festtagsarbeit 50 Prozent. Dieser Zuschlag wird sowohl bei Lohn- wie bei Affordarbeit gezahlt. b) Als Ueberstunden gelten die beiden ersten an die reguläre Arbeitszeit anschließenden Stunden sowie das Arbeiten in den Pausen, soweit dadurch die normale Arbeitszeit verlängert wird. c) Wird über die beiden ersten Ueberstunden hinaus noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Ueberstunden, auch die beiden ersten, als Nachtarbeit zu entschädigen.

9. Es darf kein Arbeiter länger als zwei Schichten hintereinander beschäftigt werden.

10. Die Lohnzahlungsperiode beträgt eine Woche. Die Lohnzahlung erfolgt Freitag innerhalb der Arbeitszeit. Wartezeit nach Schluß der Arbeitszeit wird als Ueberstunde bezahlt.

11. Der § 7 der Arbeitsordnung erhält folgenden Zusatz: „Bei Verspätung von mehr als fünf Minuten ist der Zutritt zur Arbeitsstätte noch um 8 Uhr vormittags oder 2 Uhr nachmittags gestattet.“

12. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng innezuhalten.

13. Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnung sind mit obigen Grundätzen in Einklang zu bringen.

14. Schon bestehende günstigere Arbeitsbedingungen dürfen durch diese Vereinbarungen nicht verschlechtert werden.

15. Ein Arbeiterausschuß soll für jeden Betrieb eingesetzt werden. Derselbe wird von den Arbeitern allein in freier Wahl nach dem Proportionalprinzip gewählt. Dieser Ausschuß hat bei allen Arbeitsdifferenzen, insbesondere bei Streitigkeiten betr. Preisfestsetzungen, Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit etc. die Wünsche der Arbeiter der Betriebsleitung zu unterbreiten und nach allen Richtungen hin die Interessen der Arbeiter und der Firma zu vertreten.

Zu einer Verhandlung über die — doch gewiß beschriebenen — Vorschläge der Arbeiter mit Vertretern der Firma kam es nicht. Der Direktor der Danziger Werft gab die Eingabe den Ueberbringeren gar nicht zurück. „Nehmen Sie nur wieder mit,“ sagte er den Arbeitern. Und in der Presse teilte er damit der Welt zur Rechtfertigung seines Verhaltens mit, daß er die Eingabe uneröffnet zurückgegeben habe, „weil die Ueberreichung des Schreibens auf Veranlassung einiger Arbeitersekretäre erfolgte, ohne daß der Arbeiterchaft der Firma von dem Inhalt und dem Wortlaut Kenntnis gegeben war. (!)“ Es liegt kein Anlaß vor, Schreiben, die von außerhalb des Arbeiterkreises der Firma stehenden Elementen herrühren, zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.

Diese schroffe ganz unverständliche Ablehnung von Verhandlungen seitens der Direktors, Herrn Carlson, trug selbstverständlich nicht zur Förderung einer friedlichen Einigung unter der Arbeiterschaft bei. Am Freitag, den 1. März, stimmten in Danzig von 1278 Arbeitern 992 für den Streik; 286 waren dagegen. Am selben Abend stimmten auch in Elbing in drei von 2238 nur organisierten Arbeitern besuchten Versammlungen 1915 für und 299 gegen einen Streik; ungültig waren 34 Stimmen. So kam es denn am 2. März an beiden Orten, in Danzig und Elbing zum Streik. Die Aussichten für einen baldigen Erfolg des Kampfes wären auch gute gewesen, wenn nicht ein großer Teil der organisierten Arbeiter des Elbinger Werkes schon gleich in den ersten Tagen des Kampfes wieder umgefallen wären. Augenfällig hat es hier ganz bedenklich an der nötigen gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit gemangelt. Schon in der ersten Streikwoche war die wichtige Abteilung Kessel- und Lokomotivbau des sog. Werkes Treintenhof in Elbing wieder voll mit „Umgefallenen“ besetzt, und zwar handelte es sich hier um langjährig organisierte Arbeiter. Ein solches böses Beispiel steht natürlich an. So arbeiteten denn schließlich von den 221 beteiligten Mitgliedern des sozialdemokratischen Schmiedeverbandes wieder 93, von den 1400 Mitgliedern der übrigen sozialdemokratischen Verbände rund 300 und von den etwa 900 Mitgliedern der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine 500. Von den 450 christlich organisierten Arbeitern waren nur 24 vor dem offiziellen Abbruch des Streiks schon in die Betriebe gegangen. Die hier angeführten Zahlen gelten nur für die Arbeiter der Schiffsbauwerft, die an dem Kampfe beteiligt waren. Die im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Former waren nach Angabe des Verbandsvertreters nicht mehr aus dem Betrieb herauszuhalten. Bei diesem Stande der Dinge wäre es geradezu unverantwortlich gewesen, hätte man den Kollegen in Danzig noch einmal einen wochenlangen Kampf zumuten wollen, der nach dem Zusammenbruch der Bewegung in Elbing keinen Erfolg mehr erhoffen ließ. So wurde denn der Streik am 9. März aufgehoben. Bis zum 20. März sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden. Unsere Kollegen in Danzig und Elbing werden aus dieser kurzen Bewegung manche gute Lehre für ihr Verhalten in der Zukunft ziehen können. Gewiß, sie haben sich, selbst in dieser schwierigen Situation, wacker gehalten und bewiesen, daß christlich organisierten Arbeitern Solidarität mehr ist als ein schönes Wort. Wären alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit dem gleichen sittlichen Ernst, mit dem gleichen Opfermut für ihre Interessen eingestanden, so hätte diese Bewegung zweifellos

einen anderen Erfolg gehabt. Darüber wird vielleicht später noch ein Wort geredet werden müssen. Einstweilen mögen unsere Kollegen nun erst recht weiter arbeiten für ihre Organisation. Gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit, gewerkschaftliche Erziehung der uns noch fernstehenden Kollegen zu Disziplin und Opferwilligkeit: das sind die Wege, die auch die Arbeiterschaft des Ostens zum Erfolge führen!

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Zwistigkeiten. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Bergwerke in Geisweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

Frier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureichende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hoensstraße 12 zu melden.

Reheim. Bei der Firma Cöppikus-Röttger sind Differenzen ausgebrochen.

Verdohl. Die Firma Honsel in Ebeling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Ulm. Die Arbeiter der Firma Gd. Mayer & Comp. stehen im Streik. Bezug ist streng fernzuhalten.

Eveling. Bei der Firma Berg haben die Schlosser die Kündigung einereicht. Bezug ist fernzuhalten.

Düsseldorf-Oberkassel. Bei der Firma Hirsch stehen die Schlosser der Abt. Fensterbau im Streik.

Bezug ist fernzuhalten.

Wenau-Ruhr. Die über das Stahlwerk Markt verhängte Sperre ist aufgehoben. Die Firma hat sich schriftlich verpflichtet, die herrschenden Mißstände zu beseitigen. Zwei entlassene Arbeiter wurden wieder eingestellt.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 24. März 1912 der dreizehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. März 1912 fällig.

Die Ortsgruppe **Soben** erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokaltarifes von 20 Pf. pro Woche, statt bisher 10 Pf. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Der letzten Sendung des Verbandsorgans lagen einige Flugblätter, herausgegeben vom Vorstand des Gesamtverbandes, bei. Diese Flugblätter sollen an die Mitglieder und bei der demnächstigen Hausagitation an unorganisierte Kollegen verteilt werden. Bestellungen auf das Flugblatt, das gratis zu beziehen ist, sind nur an die Hauptgeschäftsstelle zu richten.

Die Nr. 9 und 11 unseres Verbandsorgans sind vergriffen. Ueberzählige noch vorhandene Exemplare sind deshalb umgehend an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden.

An alle Zahlstellen geht das Gesuchen, nicht mehr Organe zu beziehen, als unbedingt zur Bedienung unserer Mitglieder jede Woche notwendig sind. Das Organ soll nicht als Agitationsmittel verschleudert werden. Zur Werbearbeit eignen sich passende Flugblätter besser. Die Zahlen der an die einzelnen Zahlstellen wöchentlich zu sendenden Zeitungen sind also umgehend auf das erforderliche Maß zu reduzieren und in den nächsten Tagen der Hauptgeschäftsstelle mitzuteilen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Schweizer. Bei der Anfang Februar stattgefundenen Arbeiterauswahl bei der Firma F. A. Neumann wurden die seitens der organisierten Arbeiter aufgestellten Kandidaten mit 101 Stimmen von 110 Wahlberechtigten gewählt. Von den 6 Arbeiterauswahlmitgliedern und 6 Ersatzmitgliedern gehören 10 dem christlichen Metallarbeiterverband an. Hoffen wir, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer das aus dem Arbeiterauswahl machen, was er für beide Teile sein soll, eine Instanz, die dazu berufen ist, dem gewerblichen und wirtschaftlichen Frieden zu dienen. Die Praxis hat es bis heute bestätigt, daß Arbeiterauschüsse in Betrieben, wo sie vom Arbeitgeber als die berechnete Vertretung der Arbeiter anerkannt werden, in diesem Sinne wirken.

Aufgaben, sowie Rechte und Pflichten des Arbeiterauschusses sind niedergelegt in Ausschußbestimmungen, die nach langer Beratung von beiden Seiten anerkannt wurden. Die Arbeiter haben bei der Beratung weites Entgegenkommen gezeigt und hoffen, daß die weitere Tätigkeit des Arbeiterauschusses sich im Sinne dieser Bestimmungen vollzieht. Um dieses zu ermöglichen, ist es notwendig, daß die Arbeiter sich immer mehr einig werden und treu und geschlossen in ihrer Organisation hinter ihrem Arbeiterauschuß bleiben.

Mögen die übrigen Metallarbeiter von Schweizer aus Vorstehendem ihre Schlüsse ziehen und dem Beispiel der Arbeiter der Firma Neumann folgen.

Dortfeld. Gegen die Einführung des Verhältniswahlsystems bei den Arbeiterauswahlwahlen erklärten sich die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter der Firma Drenstein u. Koppel. Diese Firma war bereit, einem dahin gerichteten Ersuchen der christlichen Arbeiter zu entsprechen, jedoch ließen die Sozialdemokraten dagegen Sturm. Der christliche Metallarbeiter- sowie Holzarbeiterverband hatten deshalb eine Betriebsversammlung einberufen, um gegen die sozialdemokratische Vergewaltigung Protest einzulegen. Kollege Kreis wies in seinem Referat auf die Bedeutung der Arbeiterauschüsse hin. Er setzte in den Aufgaben derselben etwas ganz anderes als ein rotes

Ausschüßmitglied, das vor dem Direktor erklärte: „Der Ausschuß habe doch nichts anderes zu tun, als ein bisschen Unterstützung zu bewilligen“. Ein solches Ausschüßmitglied habe seinen Beruf verfehlt. Nach der jetzigen Haltung der sozialdemokratischen Richtung könne man keine andere Auffassung vertreten, als in jedem Sozialdemokraten den ausgesprochensten „Reaktionär“ zu erblicken. Erklärte doch einer der „Wohlfühlgenossen“: „Wir sehen ja ein, daß das Wahlrecht gerecht ist, aber wir haben kein Interesse an der Einführung“. Diefelben Ausführungen können sich auch die Gegner eines freieren Wahlrechts zum preussischen Landtage zu eigen machen und den Sozialdemokraten ihre eigenen Worte um die Ohren schlagen. Es nimmt sich wie ein Hohn aus, daß in der heutigen Nummer der Dortmunder Arbeiterzeitung der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Einführung des Verhältniswahlsystems zum Reichstag bekannt gegeben wurde, während hier in Dortfeld die Anhänger dieser Partei die Einführung dieses Systems hintertrieben haben. Jedem ehrlichen Arbeiter, der sich in ihren Reihen befindet, muß bei einer solchen Haltung seiner Organisation die Schamröte ins Gesicht steigen.

Nach bei der Dortmunder Ortskrankenkasse hat man sozialdemokratischerseits vor zwei Jahren das Wahlrecht verschlechtert, während die christlichen Arbeiter sowohl in Hamm wie in Münster trotz ihrer gewaltigen Uebermacht selbst den Antrag auf Einführung der Verhältniswahl zum Gewerbegericht gestellt haben. Die reaktionäre Haltung der sozialdemokratischen Organisation muß den Mitkäufern die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß Theorie und Praxis in der Sozialdemokratie zweierlei ist. An die christlich organisierten Arbeiter ergeht die Aufforderung, im Kampfe gegen diese Reaktion nicht zu erlahmen. Mundspitzen hilft hier nicht, hier muß geffissen werden! Jeder christliche Arbeiter muß sich abwenden von einer Gesellschaft, deren Tätigkeit bisher nur in leeren Phrasen bestanden hat. Der Redner schloß unter dem Beifall der christlichen und unorganisierten Arbeiter und unter dem Loben der Sozialdemokraten mit den Worten: „Der Wahrheit eine Gasse, dem Recht, der Ehrlichkeit und keine Furcht vor'm Hasse der Niederträchtigkeit.“

Die sich zum Wort meldenden Genossen waren nicht in der Lage, die Ausführungen des Vordemners zu entkräften. Allerdings versuchte der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Herr Fischer, die Situation zu retten. Er mag sich aber selbst nicht viel zugeutraut haben, da er sich noch eine Hilfe in dem Rechtsgelehrten Bogt aus Dortmund mitgebracht hatte. Seine Ausführungen waren zwar nicht kurz, aber inhaltslos. Sie waren so, wie man sie von einem Sozialdemokraten jeden Tag zu hören bekommen kann. Er wird aber hier gelernt haben, daß man mit Mäßen keinen Gegenbeweis erbringen kann. Lebhafteste Entrüstung rief es hervor, daß ein sozialdemokratisches Arbeiterauschüßmitglied es fertig brachte, einen Arbeiter, der aus der Unterküßungskasse Gelder erhalten hatte, namentlich anzuführen. Weiß der Mann nicht, wie man so etwas charakterisieren muß? Und solche Vertreter sitzen im Ausschuß! Kollege Kreis stellte dies in seinem Schlußwort noch fest und forderte die Mitkäufer im roten Lager auf, aus der sozialdemokratischen Blamage die Konsequenzen zu ziehen, indem sie ihren Uebertritt zum christlichen Metallarbeiterverband erklärten. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften geschlossen. An den Kollegen in Dortfeld liegt es jetzt, durch eifrige Agitation neue Mitstreiter zu gewinnen. Das ist die beste Antwort auf die Phrasen der roten Freiheitshelden.

Basel. Die Generalsammlung unserer Sektion fand am 11. Febr. statt. Der Besuch war zufriedenstellend. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir. Am 1. Januar zählte unsere Sektion 61 Kollegen und 2 Kolleginnen. Es wurden aufgenommen 38 Kollegen, darunter sind 17 Jugendkölge und 2 Kolleginnen. Aus anderen Verbänden übergetreten sind 8 Kollegen, 1 Kollege ist zugereist und 2 kamen vom Militär zurück. Ausgetreten sind 9, davon 2 Kolleginnen und 6 jugendliche; 10 sind abgereist; es bleibt also ein Bestand von 74 Mitgliedern. Dem vom Kassierer erstatteten Bericht ist folgendes zu entnehmen: Die Gesamteinnahme betrug 2455,20 Mark, die Ausgaben für Agitation und Verwaltung 143,55 Mark.

Bei der Vorstandswahl wurden keine besonderen Erneuerungen vorgenommen, der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Wenders, als 2. Kollege Schiffers, als Kassierer Kollege Koolen, zum 1. Schriftführer Kollege Jacquemot, als 2. Kollege Cloot, als Kartellbelegierte die Kollegen Schiffers und Jacquemot gewählt. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an alle Kollegen die dringende Bitte, treu zu halten am Verbands, damit wir nicht nur unsere Kollegen behalten, sondern vorwärts kommen. Im neuen Jahre heiße es tatkräftig an die Arbeit gehen, damit wir am Ende des Jahres einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hätten. Dazu sei es jetzt hohe Zeit, denn auch die Genossen würden alles daran setzen, die Kollegen, welche noch nicht ihrem Verbands angehörten, für sich zu gewinnen. Sollen wir vor denen zurückbleiben? Nein! Wir müssen jetzt erst recht unsere ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellen, um so unserm Ziele näher zu kommen. Darum, Kollegen, frisch ans Werk!

Radolfzell. Eine Versammlung der Arbeiter der Firma Arnweiler, wie sie Radolfzell noch nie gesehen hatte, tagte hier am 1. März. Der Großhimmal war von mehr als 500 Arbeitern, die sich teilweise mit Stehplätzen begnügen mußten, angefüllt, als Kollege Bud im Auftrage des Arbeiterauschusses als Einberufer die Versammlung eröffnete. Kollege Bud führte nach einigen Begrüßungsworten aus, daß die Versammlung zu dem Zweck einberufen worden sei, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, die Wünsche und Beschwerden über ihr Arbeitsverhältnis dem Ausschuß zur Kenntnis zu bringen. Im Betriebe heiße es vielfach, der Arbeiterauschüß tue nichts. Demgegenüber sei festzustellen, daß bis jetzt der Arbeiterauschüß die Wünsche der Kollegen stets vorgetragen habe, andererseits könne man aber nichts vorbringen, wenn es die Mitarbeiter unterlassen, begründete Beschwerden zur Kenntnis des Ausschusses zu bringen. Weiter gelte es auch, durch diese Versammlung in allen Arbeiterkreisen Klarheit zu schaffen über die Funktion der Arbeiterauschüsse selbst. Zu diesem Zweck erstellte der Vorsitzende sodann unserm Bezirksleiter Kollegen Gensler-Suttgart das Wort zu seinem Vortrage über das Thema: „Zweck und Aufgaben der Arbeiterauschüsse.“

Dieser führte etwa folgendes aus: Die wirtschaftliche Entwicklung habe den Großbetrieb geboren, der auch notwendig sei zur Erzeugung der für unsere heutige Kultur notwendigen Wirtschaftsgüter. Der Großbetrieb kann aber nicht bestehen, ohne eine entsprechend große Arbeiterzahl. So haben wir heute in Deutschland ein Massenheer von Arbeitern. Der heutige Sozialdemokrat ist meistens für sein ganzes Leben Lohnarbeiter; auf das angewiesen, was er durch seiner Hände Arbeit verdient,

Deshalb ist er auch wesentlich anders an der Gestaltung seiner materiellen Lage interessiert. Das Massenhier von Arbeitern verlangt heute ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluss des Arbeitsvertrages. Der einzelne Arbeiter ist zu schwach, um im Großbetriebe einen nachhaltigen Einfluss auf die Gestaltung seines Arbeitsverhältnisses zu erlangen. Wohl heißt es im § 160 der U.-D., daß der Arbeitsvertrag beruhe auf gegenseitiger freier Uebereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wie es in der Praxis aber aussieht, das weiß jeder Kollege aus Erfahrung.

Welche Mittel stehen dem Arbeiter nun hier zur Verfügung, um diesen Mißstand zu beheben? Da seien zwei Hauptmittel: 1. Die Staatshilfe, 2. die Selbsthilfe. Als Vermittlungsfaktor zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hat hier die Gesetzgebung für den Fabrikbetrieb die sog. Arbeiterausschüsse geschaffen. Diese sollen den Arbeitern die Möglichkeit geben, eine gewisse Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere bezüglich der Arbeitsordnung auszuüben. Jedner präzisiert den Zweck der Aufgaben der Arbeiterausschüsse dahin, daß 1. der Arbeitgeber die Klagen und Wünsche der Arbeiter kennen lernt, daß er 2. den berechtigten Beschwerden abhelfen, den angebrachten Wünschen entgegenkommen kann; 3. Mißverständnisse und Vorurteile in gegenseitiger ruhiger Aussprache beseitigt; 4. dem Arbeiter durch die Mitverwaltung der bestehenden Wohlfahrtsanstellungen und der Ueberwachung der Arbeitsbestimmungen Gelegenheit zu geben, praktisch mitzuarbeiten, sich zu bilden, und ein selbstständiges Urteil zu erlangen. Die Arbeiter bringen den durch ihre Vertreter mitberatenden Arbeitsbestimmungen größeres Vertrauen entgegen, als den einfach per Anschlag aufgetragenen; 5. treten in den gemeinsamen Beratungen Arbeitgeber und Arbeiter einander näher, lernen mit einander taten und sich auch gegenseitig schätzen.

Es ist aber selbstverständlich, daß die Arbeiter nicht alles und jede Kleinigkeit vom Arbeiterausschuss verlangen können. Hier muß auch die persönliche eigene Arbeit mit eingreifen. Wenn der Ausschuss jedoch seinen Aufgaben gerecht werden und nicht nur auf dem Papier stehen soll, so ist notwendig: 1. eine würdige Auffassung und soziales Verständnis des Arbeitgebers; 2. das Vertrauen und der nötige Rückhalt durch die Arbeiter. In beiden Faktoren mangelt es vielerorts. Die Arbeitgeber müssen den Arbeiterausschuss durch regelmäßige Sitzungen und Informationen zur Mitwirkung heranziehen, ihn auch als die Vertretung der Arbeiter achten. Die Arbeiter müssen Solidarität üben, durch die Tat beweisen, daß der Arbeiterausschuss der ihre ist. Dazu ist notwendig, daß mit der Forderung der gesetzlichen Institutionen das Mittel der Selbsthilfe von den Arbeitern eine stärkere Würdigung erfährt als bisher. Wenn vereinzelte Arbeiter im modernen Großbetriebe eine Null bedeutet, so hilft hier nur Geschlossenheit und Einigkeit der Arbeiter selbst. Die Arbeiter gelten nur dann etwas, wenn sie aus sich etwas machen. Die Arbeiterausschüsse können und sollen die Gewerkschaften nicht ersetzen. Vielmehr werden die Gewerkschaften als die Organisation der Arbeiter erst den Ausschüssen einen starken Rückhalt und die Achtung verschaffen, die sie zur Lösung ihrer Aufgaben benötigen. Die Gewerkschaften haben den Zweck, die allgemeinen Arbeitsbedingungen im Verlaufe wie Arbeitszeit, Löhne u. gütlich zu gestalten und hierauf Einfluss zu gewinnen. Den Fabrik-Ausschüssen obliegt die betriebliche Ordnung der Verhältnisse in den einzelnen Betrieben. Nur da, wo auch starke Organisationen der Arbeiter bestehen, finden die Ausschüsse eine größere Beachtung. Ohne Organisation ist der Ausschuss ohne Rückendeckung. Wenn also von Arbeitern Klagen erhoben werden über eine ungenügende Tätigkeit des Arbeiterausschusses, so haben sie sich zuerst die Gewissensfrage zu stellen, was sie selbst getan haben, um dem Ausschuss die nötige Kraft und Bedeutung zu geben.

Ergreifend sei es besonders, daß selbst in Arbeitgeberkreisen die Arbeiterorganisationen eine gerechtere Würdigung und Anerkennung erfahren. Jedner weiß auf den Ausspruch eines Großindustriellen hin, der die Gewerkschaften als die Pioniere des Kulturfortschrittes in der Arbeiterbewegung bezeichnete, wie auch auf die Beschlüsse von Unternehmerorganisationen, die nur noch organisierte Arbeiter beschäftigen. Da, wo man die Gewerkschaften anerkennt, besonders in Tarifwesen, kann der Arbeiterausschuss eine leistungsfähige Einrichtung sein. Das zeigen auch viele Tarifverträge, wo man selbst die Vertreter der Arbeiterorganisationen zu den Ausschüssen heranzieht. Jedner wünscht zum Schluß, daß nach dieser Richtung, neben dem Arbeitgeber auch die Arbeiter ihrer Verantwortlichkeiten in ihrem eigenen Interesse eingedenk seien, und dies in der Tat durch Anschluß an ihre Organisation erfüllen.

In der Diskussion wurde das Gesagte lakonisch unterstrichen. 18 Diskussionsredner brachten eine größere Reihe von Beschwerden und Wünschen über die unzulänglichen Arbeitsverhältnisse vor, bezüglich Arbeitszeit, Behandlung, hygienischen und sanitären Einrichtungen, Kantine usw. Der Arbeiterausschuss wurde beauftragt, die Beschwerden und Wünsche der Direktion vorzutragen. In seinem Schlusswort unterstrich der Redner besonders den Ausspruch eines Diskussionsredners, der ausfragte, daß die Arbeiter selbst viel Schuld an den Umständen seien. Er hoffe, daß diese Erkenntnis überall durchdringe, und die Kollegen durch vollständigen Anschluß an ihre Organisation das Ihrige zu einer Besserung der Verhältnisse beitragen.

Wieder. „Die Firma Stille, Maschinenfabrik und ihre Arbeitsordnung“, so lautete der Behauptungsgegenstand in unserer letzten Mitteilungsversammlung. Die Arbeitsordnung ist so, wie sie in heutiger Zeit in einem modernen Betriebe nicht sein sollte. Einige der Paragraphen, welche besonders scharf kritisiert wurden, wollen wir im Auszuge wiedergeben, um so die Wünsche der Arbeiter kundzugeben; denn ein Arbeiterausschuss, der für Abstellung von Mißständen einzutreten könnte, existiert nicht und darf nicht existieren. Nach § 19 dürfen auch Arbeiter und Arbeiterinnen nicht in Gemeinschaft mit anderen Personen in den Fabrikräumen schlafen. In diesen Räumen ist über jeder Schrank, so daß die Kleider stets von Schmutz und Staub bedeckt sind. Für 120 Personen müssen 30 Waischalen genügen. Die Klosets lassen in Bezug auf Anlage und Reinlichkeit sehr viel zu wünschen übrig. Unmittelbar an der Fabrik gelegen, verbreitet sich der Geruch derselben oft in recht unangenehmer Weise im Arbeitsraum.

Als ungerecht wurden die verhältnismäßig hohen Strafen bezeichnet, die bei jeder Gelegenheit und bei jeder Kleinigkeit verhängt werden. Ordnung muß sein, unter Umständen muß sie mit Strafe aufrecht erhalten werden, aber es gibt hierbei

eine Grenze, besonders für die verheirateten Arbeiter; diese Grenze ist aber nach Ansicht der Arbeiter zum Schaden der Familie recht oft überschritten worden. Wenn die Kollegen beim Zuspätkommen erst den Betriebsleiter suchen müssen, der oft sehr schwer zu finden ist, und die Zeit des Suchens dann auch noch bei Bemessung der Strafe zur Berechnung kommt, so ist dies zweifellos eine Härte, wenn nicht gar eine Ungerechtigkeit.

Nur seien noch die Mittel angegeben, mit denen die Firma bemüht ist, sich die „Gelden“ heranzubilden. Verheiratete Arbeiter erhalten zu ihrer Benutzung ein Stück Ackerland und je nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses einen Wohnungszuschuss im Betrage von 30 bis 60 Mk. jährlich. Warum die Firma diesen Weg der Vergütung gewählt hat, anstatt, wie es sich gehörte, den Lohn entsprechend zu erhöhen, besagt § 23, der lautet: „Anspruch auf die Vergütung haben nur solche Mitglieder, welche nicht Verbandsmitglieder sind.“ Da haben wirs. Die Arbeiter sollen überhaupt nicht das Recht haben, ihre berechtigten Wünsche der Firma gegenüber in erfolgreicher Weise vertreten zu können. Solche Bestimmungen passen in unsere Zeit nicht mehr hinein und Herr Stille wird sich mit dem Gedanken befassen müssen, daß es in seinem eigenen Interesse liegt, wenn er recht bald eine Änderung der Arbeitsordnung vornimmt. Da die Mehrzahl der Arbeiter katholisch sind, so sei auch auf folgende Bestimmungen hingewiesen: „An katholischen Feiertagen, Fronleichnam, Allerheiligen, Mariä-Geburtsfest ist das Arbeiten den Katholiken freigegeben. An den übrigen katholischen Feiertagen muß jeder Katholik um 9 Uhr morgens zur Arbeit erscheinen.“ Ueber Beschäftigungsdauer — deren ungenügende Ausbildung und starke Züchtigung — läßt sich ein besonderer Artikel schreiben.

Vorkünftig rufen wir den fernstehenden Kollegen zu: Einigkeit macht stark, treuet ein in den christlichen Metallarbeiterverband, der eure berechtigten Wünsche vertreten wird.

Ellen-Ruhr. (Former und Gießereiarbeiter.) Seit dem 28. Mai 1911 besteht für unsere Ortsverwaltung eine Sektion der Former und Gießereiarbeiter. In den Versammlungen dieser Sektion kamen besonders die eigenen Verhältnisse zur Sprache. Es zeigt sich nun, daß diese im Formergewerbe noch sehr der Verbesserung bedürfen. In den 90er Jahren waren allerdings die Former zum größten Teil organisiert. Heute könnte man zu der Ueberzeugung kommen, daß im Former- und Gießereigewerbe nichts mehr zu verbessern wäre, denn kaum ein Drittel der Kollegen aus dieser Branche sind organisiert. Liegen nun aber die Dinge wirklich so günstig? Diese Frage muß mit einem glatten „Nein“ beantwortet werden. Regelmäßig wird in unseren Branchenversammlungen darüber Klage geführt, daß die gesetzlichen Vorschriften über Unfallverhütung vielfach außer acht gelassen werden und dadurch fast tagtäglich Unfälle vorkommen. Auch über die sanitären Einrichtungen wird sehr viel Klage geführt. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß infolge der Einwirkungen von Staub, Hitze, Rauch und Zugluft die Lungenerkrankheiten unter den Formern und Gießereiarbeitern sehr verbreitet sind. Wir verweisen hier nur auf die statistischen Angaben.

Die Löhne sind auch vielfach nicht auf der Höhe, wie sie eigentlich nach den Verhältnissen sein müßten. Daran tragen die Arbeiter zum Teil selbst die Schuld. Statt durch die organisierte Selbsthilfe auf eine Besserung zu drängen, suchen sie durch ein Uebermaß von Ueberarbeit zu einem einigermaßen auskömmlichen Verdienst zu kommen. Diese Kollegen bedenken dabei aber nicht, daß sie nur Raubbau mit ihrer Arbeitskraft treiben. Gänzlich wird auch noch über die Behandlung durch Vorgesetzte Klage geführt. Es sind manchmal sogar Meister, welche glauben, durch schneidendes und schändliches Vorgehen gegen die Arbeiter das Erzeugen zu müssen, was ihnen an Kenntnissen in ihrem Berufe abgeht. Die Gewerbegerichte haben sich sehr viel mit den Angelegenheiten unserer Berufs Kollegen zu beschäftigen, weil die Unternehmer vielfach von ihnen Ersatz für unverschuldeten Bruch verlangen. Es wäre Sache der Unternehmer, durch Lieferung von gutem Material mit diesen Mißständen aufzuräumen. Auch die alte Forderung, in den Betrieben Lohnabzählungen auszuhängen, scheint sich noch schlecht durchzusetzen. Manchmal werden auch trotz der Bestimmungen der Fabrikordnungen noch die Preise gedrückt und von Unternehmern oder Meistern einseitig festgesetzt. Sehr viel geklagt wird darüber, daß die Kollegen oft sehr lange auf Modelle und Kronen warten müssen und ihnen diese Zeit nicht vergütet wird. Ueberhaupt lassen die ganzen Hilfsmittel sehr viel zu wünschen übrig.

Im Vorhergehenden haben wir einige Hauptmißstände in unserem Berufe geschildert. An unseren Kollegen selbst liegt es nun, für Abhilfe Sorge zu tragen, und zwar zunächst dadurch, daß sie die noch abseits Stehenden dem christlichen Metallarbeiterverband zuführen. Denn aber auch dadurch, daß sie die Fragebogen der Ortsverwaltung vollständig ausfüllen und zurückgeben. Die Branchenversammlungen müssen fortan pünktlich und regelmäßig besucht werden. Das sind so einige wichtige Punkte, wo jeder einzelne Kollege seine Pflicht erfüllen muß.

Former und Gießereiarbeiter! Zeigt jetzt endlich einmal, daß ihr die Forderungen der Zeit erkannt habt. Holt die Unterschiede zur Mitarbeit heran. Entfaltet eine rührige Agitation für den christlichen Metallarbeiterverband. Vor die Front! An die Arbeit! Das fordert von uns das Interesse unseres Berufs.

Briefkasten.

Au verschiedene Anfrager. Von Seiten der christlichen Gewerkschaften sind seitens der Sammelstellen für die streifenden Bergleute herausgegeben worden. Der christliche Gewerkschaften beteiligt sich nicht an diesem Streik, da die Gewerkschaften hauptsächlich zu seiner Vermittlung inszeniert. Der Streik ist ferner in diesem Momente unberechtigt und nicht im Interesse der Arbeiter, sondern nur im Agitationsinteresse der Sozialdemokratie gelegen. Sollte man also mit von anderen Organisationsrichtungen ausgehenden Sammelstellen auch an unsere Kollegen herantreten, so weisen wir man die Sammler ab. Die christlichen Gewerkschaften und ihre Mitglieder bedürfen keiner Bormänner. Sammlungen schreiben sie aus und führen sie durch, wenn sie es für notwendig und zweckdienlich halten.

Nach Haltern, Eingen a. H., Heilbronn usw. usw. Berichte folgen in nächster Nummer.

Sterbetafel.

Millingen. Am 12. März starb unser eifriger Kollege und Mitbegründer unserer Jahrestelle, Wilh. de Graj,

im Alter von 40 Jahren infolge eines schweren Unglücksfalles.

Reheim. Am 7. März starb unser Kollege, der Fahrflüßfahrer Ferd. Köttler an den Folgen eines Unfalles im Alter von 49 Jahren.

Delde i. B. Am 13. März starb unser Kollege Johann Hinklerode im Alter von 43 Jahren infolge eines Herzleidens.

Erfurt. Am 7. März starb unser Kollege Wilhelm Werner im Alter von 53 Jahren an einem Leberleiden.

Mühlhausen i. G. Am 31. Januar starb unser Kollege Emil Spieß, Gießer, im Alter von 61 Jahren an einem Herzleiden. — Am 27. Februar starb unser Kollege Kaspar Huber, Gießer, im Alter von 52 Jahren an Atheromatismus. — Am 2. März starb unser Kollege Franz Briot, Bleischnidder, im Alter von 48 Jahren an Säurevergiftung.

Rosenberg-Zulzbach. Am 16. Februar starb unser Kollege Kaspar Muz im Alter von 36 Jahren infolge eines Unglücksfalles.

Ahlen i. B. Am 29. Dezember 1911 starb unser Kollege Bernhard Heidelberg im Alter von 38 Jahren an Herzleiden.

Gere ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 23. März.

- Brannschweig.** Vers. in der Magdalenenschule. Ref.: Herr Sante-Goslar über gewerkschaftliche Neutralität.
- Dbn.-Mendorf.** Abends 8.30 Uhr bei Kaserkamp.
- Dortmund.** Abends 8.30 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerblickstr. 62, Öffentliche Metallarbeiterversammlung.
- Durlach.** Abends 8.30 Uhr im „Bahnhof“.
- Eisen-Alteneisen.** Abends 8.30 Uhr bei Kroue, Eisenhofsstraße, öffentliche Versammlung.
- Eisen-Geizungsmonteur.** Abends 8.45 Uhr in der „Stadt-Gebäude“.
- Eisenach.** Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof.
- Gewaldsberg.** Abends 8.30 Uhr bei F. Schilke, Mittelstraße.
- Hannau.** Abends 8.30 Uhr im Kaiserpalast außerord. Generalversammlung. Ref. Kollege Wieber.
- Sattingen.** Abends 8.15 Uhr öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Kasper, Heiden. Redner Kollege Balde-Nagen.
- Mühlheim-Dünwald.** Abends 8.30 Uhr bei Müller.

Sonntag, den 24. März.

- Berlin-Oberhünneweide.** Abends 7 Uhr bei Meisch.
- Böhm.** Abends 8 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus, Biemelhauserstraße 13. Redner: Kollege Balde-Nagen.
- Duisburg.** Vorm. 10.30 Uhr im Lutherkirche, Reichsstr., große öffentl. Metallarbeiterversammlung. Kollegen sorgt für Massenbesuch.
- Düsseldorf-Math.** Vorm. 11 Uhr bei Kreifinger (Schützen), Münsterstr.
- Düsseldorf-Oberbif.** Vorm. 11 Uhr bei Meißes, Elsterstraße.
- Duisburg-Wannekerort.** Nachm. 5 Uhr bei Kasper.
- Eisenach.** Nachm. 2 Uhr bei F. Berg in Eusebius; 3 Uhr dafelbst öffentl. Versammlung. Ref. Kollege Bader. Kollegen, sorgt für Massenbesuch.
- Eisen-Ortsverwaltung.** Vorm. 10.30 Uhr im „Verleihshaus Eisenach“, Unterdorfstraße, öffentliche Versammlung. Referent: Heilmann, abgeordneter Kol. Weder.
- Eisen-Rettwig.** Vorm. 11 Uhr bei Bachmüller, öffentl. Versammlung.
- Eisen-Rottrop.** Nachm. 8.30 Uhr bei Frazemann, öffentl. Versammlung.
- Eisen-Rohrhausen.** Abends 6 Uhr bei Fottgischer.
- Eisen-Nüttenheid.** Abends 8 Uhr bei Walden.
- Eisen-Segeroth.** Abends 7 Uhr mit Frauen bei Langenberg.
- Geisweid.** Nachm. 1.30 Uhr bei Schäfer. Alle Kollegen müssen zur Stelle sein.
- Gelsenkirchen-Ortsverwaltung.** Vorm. 11 Uhr öffentliche Metallarbeiterversammlung bei Dires (christl. Gewerkschaftshaus).
- Glück.** Nachm. 4 Uhr bei Rortpot (Christl. Gewerkschaftshaus).
- Samborn.** Nachm. 4 Uhr im evang. Vereinshaus öffentl. Versammlung.
- Barm.** Vorm. 11 Uhr öffentl. Versammlung bei Eisenberg (christl. Gewerkschaftshaus), Bahnhofsstr. Redner: Kollege Balde.
- Köln-Kalk.** Morgens 11 Uhr bei Sönnigesberg, Breuerstr.
- Langendroer.** Nachm. 4 Uhr öffentl. Versammlung bei Wehmann, (gegenüber der kath. Kirche). Redner: Kollege Balde-Nagen.
- Mühlheim-Nierheim u. Brück.** Morgens 10.30 Uhr bei Wessel zu Brück.
- Mühlheim-Solweide.** Morgens 11 Uhr bei Hüfel, Jugendversammlung.
- Mühlheim-Elbbrück.** Abends 8 Uhr bei Körschloren mit Frauen.
- Mühlheim-Nachheim.** Abends 8 Uhr bei Bück mit Frauen.
- Mühlheim-Strum.** Abends 7.15 Uhr bei Beck. Ref.: Arbeiterstr. Arbeiterwohnanlagen.
- München, Bezirk Schwabing.** Vorm. 10 Uhr bei Gröber, Bezirksversammlung.
- Niederzimm.** Nachm. 4.30 Uhr bei Raab.
- Ruppichterod.** Morgens 11 Uhr bei Schorn.
- Schramberg-Jugendliche.** Vorm. 10.30 Uhr im kath. Vereinshaus („zum Haren“) außerord. Versammlung.
- Siegburg.** Vorm. 10.30 Uhr im Lokale „Minorken“. Bericht von der Bezirkskonferenz in Köln.
- Troisdorf.** Nachm. 7 Uhr öffentl. Versammlung.

Samstag, den 30. März.

- Eisen-Bau- und Kunstschlosser.** Abends 8.30 Uhr bei Moser, Fragebogen mitbringen.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Abends 8 Uhr bei Wegener.
- Gelsenkirchen-Neustadt.** Abends 8 Uhr im „Kaiserl. Restaurant, Halle a. S.“ Abends 8.30 Uhr mit Familie bei Schott.
- Köln-Sumboldt-Kolonie.** Abends 9 Uhr bei Guth, Wattstr.

Sonntag, den 31. März.

- Duisburg-Laer.** Morgens 11.30 Uhr bei Janien, Kaiserstr., mit Vortrag über Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.
- Duisburg-Merdingen.** Vorm. 11 Uhr bei Schmitz im Parlament. Referent zur Stelle.
- Eisen-Former und Gießereiarbeiter.** Vorm. 10 Uhr bei Wint, Altdorfstraße 299. Ref. Kol. Klotz.
- Gelsenkirchen-Bulme.** Nachm. 4 Uhr bei Reiche.
- Karlruhe.** Vorm. 10 Uhr Vorst. u. Bertrm.-Sitzung, Abrechnung mit dem Ortsleiter.
- Köln-Chrenfeld.** Morgens 11 Uhr bei Arnhöfer, Kesslerstr.
- Köln-Dorfheim.** Morgens 10.30 Uhr bei Rümmling, Ventourstr. 18.
- Köln-Kalk-Geum.** Morgens 11 Uhr bei Schmitz, Kaiserstr.
- Köln-Kalk-Jugendklub.** Morgens 11 Uhr bei Sönnigesberg, Breuerstr.
- München, Bezirk Nord.** Vorm. 10 Uhr im „Altgauer St.“, Georgenstr. 66.
- Mühlheim-Nierheim.** Abends 8 Uhr mit Frauen bei Heilmann.
- Reheim-Ohl.** Nachm. 5 Uhr mit Frauen bei Hoffmann.
- Reheim-Rottwinkel.** Abends 8 Uhr bei Hoffmann.
- Stuttgarter-Endwiesberg.** Nachm. 4 Uhr bei Weinmann.
- Stammheim und Illtard.** Abends 6 Uhr bei Förster „zur Post“.
- Schwelm.** Vorm. 11 Uhr bei Dieck, Bahnhofsstr.

Adressen.

München. Unser Büro befindet sich ab 1. April Bannstr. 25, Eingang Schillerstraße. Ab 9. April befinden sich hier auch die Büros der sämtlichen hier vertretenen christl. Gewerkschaften.

Tüchtige Metallbreher

auf Armaturen in dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht.
Blaube & Rest, Leipzig-Blagwitz,
Armaturenfabrik.